

Regina Betz

## Partizipation glaubensgestützter Nichtregierungsorganisationen an internationalen Klimaverhandlungen

*When governments, civil society and particularly religious communities work together, transformation can take place. Faiths and religions are an essential part of that equation. Indeed, the world's faith communities occupy a unique position in discussions on the fate of our planet and the accelerating impacts of climate change.*

Ban Ki-moon (2009)

### 1. Einleitung

Die internationale Klimapolitik steckte jahrelang in einer Verhandlungskrise, während die Auswirkungen des Klimawandels immer weiter fortschritten. Naturwissenschaftler prophezeien, dass die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels vom Verlust von Biodiversität bis hin zum Untergang ganzer Nationen (z. B. Inselgruppen) reichen würden. Nicht nur einzelne Arten, sondern ganze Landschaften und Bevölkerungsgruppen seien betroffen. Ob es jedoch gelingen wird, die im Pariser Abkommen periodisch vorgesehene Nachbesserung der länderspezifischen Vermeidungsziele zu erreichen, bleibt abzuwarten.

Laut Mike Hulme (2014) wird Klimawandel nicht mehr nur als ein physisches Phänomen der globalen Zunahme von extremen Wetterereignissen über längere Zeiträume diskutiert, sondern die Debatte hat sich mit der Zeit verbreitert und zu einem gesellschaftlichen Phänomen entwickelt. Welche Vorstellung der Einzelne vom Klimawandel hat, hängt laut Mike Hulme inzwischen vor allem davon ab, welche der konkurrierenden Zukunftsvisionen angestrebt wird. Der gesellschaftliche Diskurs über Klimawandel steht daher «häufig stellvertretend für tiefere Konflikte zwischen alternativen Zukunftsvisionen und konkurrierenden Machtzentren in der Gesellschaft» (a. a. O., 25). Dieser Wandel scheint sich durch die Änderung der verwendeten Begriffe abzuzeichnen. Es zeigt sich, dass «Klimawandel» sich mit der Zeit gegenüber Begriffen wie «Treibhauseffekt» oder «globale Erwärmung» durchsetzen konnte, was sich durch den grösseren Interpretationsspielraum

erklären lässt. Für die einen gibt «Klimawandel» Raum, um über das zukünftige Wirtschaftssystem zu streiten, für andere ist er die Plattform, um für die Energiewende zu werben oder für Artenschutz und Gleichberechtigung der Geschlechter zu kämpfen. Bei diesem Ringen um «die Zukunft des Planeten» spielt auch der Aufbau eines zeitlichen Handlungsdrucks eine grosse Rolle, der mit negativen Zukunftsvisionen mithilfe von apokalyptischen Sprachmotiven in den Medien oder über Weltuntergangsfilme wie *The Day After Tomorrow* konstruiert wird.

Diese Vieldimensionalität des Phänomens Klimawandel spiegelt sich auch in der zunehmenden Vielfalt von Interessengruppen an den internationalen Klimaverhandlungen wider: Umweltverbände, Wissenschaftler, aber auch Vertreter von Naturvölkern und viele andere Interessenvertreter nehmen an den jährlich stattfindenden Klimakonferenzen teil und diese werden so zu einem Treffpunkt der globalen Zivilgesellschaft. Bevor die Vereinten Nationen die Teilnahmebedingungen verschärften, nahmen an vielen internationalen Klimaverhandlungen mehr Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen (Non-governmental organisations, NGOs) als offizielle Regierungsvertreter teil. Der Anteil glaubensgestützter NGOs (kurz gNGOs, von engl. *faith-based organisations*) oder spiritueller Organisationen war dabei relativ gering. Dies scheint sich seit der gescheiterten Konferenz in Kopenhagen 2009 geändert zu haben, wie sich anhand der analysierten Teilnehmerlisten zeigt, aber auch anhand der Rede von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in Paris am 5. Dezember 2015 beim Climate Action Day verdeutlichen lässt: «[...] civil society is mobilizing as never before. Citizens, youth, indigenous peoples and *faith leaders* around the world are demanding action.»<sup>1</sup> Obwohl die Vereinten Nationen eine auf säkularen Prinzipien gegründete internationale Organisation sind, scheinen sie sich seit der politischen Krise in der Klimapolitik immer stärker zu einer wichtigen Plattform für gNGOs und deren politische Einflussnahme auf die Klimapolitik zu entwickeln. Auch vonseiten der Klimasekretärin werden die glaubensbasierten Gruppierungen und ihre Führer als wichtige Partner zur Bekämpfung des Klimawandels gesehen. Sie sprach zum Beispiel im Mai 2014 in der St.-Pauls-Kathedrale in London und forderte in ihrer Rede alle Glaubensgruppierungen, speziell Christen und Muslime, Hindus, Juden und Buddhisten, auf, ihre Verantwortung für den Klimaschutz wahrzunehmen. Sie bat alle, die Chance vor dem Klimagipfel in

1 [www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2015-12-05/secretary-generals-remarks-high-level-closing-climate-action-day](http://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2015-12-05/secretary-generals-remarks-high-level-closing-climate-action-day) (31.11.2016).

Paris zu nutzen, um mit ihrem moralischen Einfluss auf ihre politischen, privatwirtschaftlichen und finanziellen Eliten einzuwirken. Dieser Aufruf zeigt, dass das Klimasekretariat alle Kräfte im Vorfeld der Verhandlungen in Paris zu mobilisieren versuchte, um dort einen Durchbruch in den Klimaverhandlungen zu erzielen. Laut dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* wäre, «um den Klimawandel zu bremsen, ein Wunder [nötig]. Oder eine Revolution [...]» (21. Februar 2015, 59).

Zugleich ist es wichtig zu beachten, dass in der Vergangenheit soziale Umwälzungen häufig mit der Unterstützung religiöser Gruppierungen erfolgten, z. B. die Antipartheidbewegung, der Sturz der Berliner Mauer oder die Abschaffung der Diskriminierung von Afroamerikanern. Häufig speisten sich solche Bewegungen aus religiösen Werten wie Gerechtigkeitsvorstellungen, die ein starkes moralisches Motivationspotenzial bereitzuhalten scheinen. Wie die Analyse zeigen wird, ist die Klimadiskussion innerhalb der christlichen Glaubensgemeinschaften stark mit Gerechtigkeits Themen verbunden, was durch die auf den Klimakonferenzen erhobene Forderung nach «Climate Justice» artikuliert wird.

Dieser Beitrag untersucht, welche Rolle glaubensgestützte Nichtregierungsorganisationen (gNGOs) an internationalen Klimaverhandlungen spielen oder gerne spielen möchten. Das heisst, es werden die Methoden der direkten Einflussnahme von Glaubensgruppierungen auf die internationale Klimapolitik am Beispiel der Teilnahme von gNGOs an internationalen Klimaverhandlungen näher untersucht. Neben einer Auswertung der relevanten Literatur erfolgt eine quantitative Analyse von Informationen über die internationalen Klimakonferenzen (z. B. Teilnehmerlisten, Programme der Veranstaltungen). Um einen tieferen Einblick in die Art und Weise der Einflussnahmen zu gewinnen, wurden qualitative Interviews ausgewählter Vertreter von gNGOs durchgeführt, die an der Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris teilnahmen.

Die Analyse ist in zwei Abschnitte unterteilt. Der erste Abschnitt dient der Einführung in das Thema. Dabei werden als Erstes der Ablauf der internationalen Klimaverhandlungen und die Ursachen der wahrgenommenen Krise in der Klimapolitik, speziell nach der Klimakonferenz in Kopenhagen, erläutert. Es werden auch die strittigen Kernthemen, die implizit auf den Klimaverhandlungen mitverhandelt werden, herausgearbeitet. Sie weisen meist ethische Aspekte auf. Daran anschliessend erfolgt eine Analyse der Kommunikationsherausforderungen von «Klimawandel» im öffentlichen Diskurs, wobei auch auf die Entwicklung des Begriffs im Lauf der Zeit eingegangen

wird. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass die Kommunikation über «Klimawandel» selbst zur gesellschaftlichen Konstruktion dieses Gegenstands beiträgt. Ziel dieser Untersuchung ist es, sowohl die Vielfalt der Vorstellungen vom Klimawandel und von seinen Heilmitteln darzustellen als auch speziell auf die apokalyptische Rhetorik und die religiösen Metaphern in den Medien einzugehen, die für die Zuspitzung der Wahrnehmung der Krise verwendet werden. Die religiös geprägten Zukunftsvorstellungen und die entsprechende Rhetorik scheinen dabei den öffentlichen Diskurs zum Klimawandel eher negativ zu beeinflussen.

Im zweiten Teil werden die Möglichkeiten der Einflussnahme von NGOs und speziell von Glaubensgruppierungen auf die internationale Klimapolitik dargestellt, denen hier eher eine konstruktive Rolle zukommt. Dabei erfolgt im ersten Abschnitt eine Makroanalyse auf Basis einer Auswertung von Teilnehmerlisten und Programmen. Dadurch wird ein Überblick über die Entwicklung der Teilnehmergruppen an den Klimakonferenzen gegeben. Im zweiten Abschnitt erfolgt dann eine detailliertere Analyse ausgewählter gNGOs. Ziel dieser Untersuchung ist weniger, den Erfolg der Einflussnahme einzelner gNGOs zu messen, als vielmehr detaillierter zu beschreiben, in welcher Form sie aktiv sind und welche Themen sie zu beeinflussen versuchen. Dabei wird auch die Transformation der gNGOs durch «Klimawandel» zu (klima)politischen Akteuren mit betrachtet.

Der Beitrag schliesst mit einer kritischen Reflexion, inwieweit nach den dargestellten Ergebnissen gNGOs eine Rolle in der internationalen Klimapolitik spielen bzw. wo weitere Potenziale für ihre Einflussnahme gesehen werden können.

## Teil I: Internationale Klimaverhandlungen und öffentlicher Diskurs

Da es sich beim Klimawandel um ein globales Problem handelt, kann er nur durch gemeinsame Anstrengungen bekämpft werden. Das bedeutet, dass ein Grossteil der weltweiten Emittenten ihre Treibhausgasemissionen reduzieren bzw. grosse Flächen aufgeforstet werden müssten. Um eine solche Kooperation zu institutionalisieren, wurde die Klimarahmenkonvention ausgehandelt und werden jährlich internationale Klimakonferenzen abgehalten. Sie finden im Rahmen der Vereinten Nationen statt, um möglichst viele Staaten einzubeziehen und die Anzahl der Trittbrettfahrer zu minimieren. In die-

sem ersten Teil erfolgt ein Rückblick über die internationalen Klimaverhandlungen. Wie durch die folgenden Ausführungen deutlich wird, bilden neben Kommunikationsherausforderungen vor allem ethische Grundsatzfragen den Kern der Einigungsschwierigkeiten an den internationalen Klimaverhandlungen. Hinzu kommen Kommunikationsherausforderungen, die den politischen Rückhalt einer ambitionierten Klimapolitik in der Bevölkerung erschweren. Religiöse Bezüge und Rhetorik in der öffentlichen Debatte führen dabei eher zu einer Verstärkung der Krisenwahrnehmung. Es wird gezeigt, dass durch die gescheiterten internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen die Partizipation glaubensgestützter Nichtregierungsorganisationen, die mit ihrem Einsatz die politische wie auch die öffentliche Klimadebatte positiv zu beeinflussen versuchen, sich verstärkt hat.

## 2. Internationale Klimaverhandlungen

### 2.1 Was ist Klimawandel?

Klima wird von Wikipedia als «die Gesamtheit aller an einem Ort möglichen Wetterzustände, einschliesslich ihrer typischen Aufeinanderfolge sowie ihrer tages- und jahreszeitlichen Schwankungen» definiert.<sup>2</sup> Demnach würde der Klimawandel eine Veränderung dieser typischen Abfolge darstellen, die leicht zu beobachten sein sollte. Der Klimawandel findet jedoch ausserhalb der direkten Wahrnehmung eines Individuums statt, da er ein globales Phänomen ist und einzelne lokale Ereignisse, z. B. extrem stürmisches Wetter, sich aus wissenschaftlicher Sicht nicht direkt dem Klimawandel zuordnen lassen. Klimawandel als physisches Phänomen äussert sich daher in der globalen Zunahme von extremen Wetterereignissen über längere Zeiträume.

Klimawissenschaftlern ist es deshalb besonders wichtig, die langfristige, globale Entwicklung des Klimas mit ihren potenziellen sozialen und ökonomischen Folgen zu erforschen. Mittels integrierter Klimamodelle werden Szenarien mit unterschiedlichen Annahmen über Treibhausgasemissionsentwicklungen simuliert, anhand derer sich mögliche globale, zum Teil auch lokale Auswirkungen des Klimawandels in der Zukunft berechnen lassen (vgl. dazu den Beitrag von Patrick Kupper in diesem Band). Die Modelle bilden dabei das Wissen über die kausalen Verknüpfungen zwischen verschiedenen Ebenen ab, die in Abbildung 1 skizziert sind. Sie ergeben somit eine Kausalkette mit vielen Gliedern. Diese reichen von der Höhe der Treibhausgasemissionen auf der Erde, die von bestimmten Annahmen über die

2 <https://de.wikipedia.org/wiki/Klima> (1.1.2017).

Bevölkerungsentwicklung usw. abhängt, der daraus resultierenden höheren Konzentration in der Atmosphäre, der Klimawirksamkeit der einzelnen Gase (*radiative forcing*), der daraus resultierenden Temperaturerhöhung bis hin zu den ökologischen wie auch sozioökonomischen Folgen (Pidgeon/Fischhoff 2011). Durch die Komplexität des Ökosystems und der langen zeitlichen Dimension ergeben sich an allen Schnittstellen der Kausalkette, d. h. zwischen zwei Kettengliedern, Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten spielen im öffentlichen Diskurs eine wichtige Rolle und auf sie wird in Abschnitt 2.2 noch näher eingegangen.



Abbildung 1: Skizze eines integrierten Klimamodells. Quelle: In Anlehnung an Pidgeon/Fischhoff (2011).

### 2.2 Historischer Abriss der Verhandlungen<sup>3</sup>

Im Jahr 1979 fand die erste Klimakonferenz statt, die von der Weltorganisation für Meteorologie (World Meteorological Organization, WMO) an ihrem Hauptsitz in Genf organisiert wurde. Fast zehn Jahre später – im Jahr 1988 – kamen in Toronto auf einer Konferenz erstmalig Wissenschaftler und Regierungsvertreter aus verschiedenen Ländern zusammen, um Möglichkeiten des Klimaschutzes zu diskutieren. Die Regierungen der Industrieländer versprachen, auf freiwilliger Basis ihren Kohlendioxidausstoß bis 2005 um 20 % gegenüber 1988 zu reduzieren, wobei sie sich auch für eine periodische Überprüfung aussprachen (Andresen/Agrawala 2002). Der von naturwissenschaftlichen Experten vor allem in seinen Anfängen unterstützte Prozess zeigte auch, wie schwierig es ist, aus den komplexen Wirkungszusammenhängen des Klimasystems konkrete Reduktionsempfehlungen für Treibhausgase abzuleiten. Auch das Thema Technologietransfer und die finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer wurden bereits in Toronto diskutiert. Die Finanzentscheidungen hätten die Industrieländer gerne der Global Environmental Facility überlassen.

Um den Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel transparenter zu machen, wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaveränderung – Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) – als zwischenstaatliche Institution gegründet.<sup>4</sup> Der IPCC publiziert seit der Gründung alle 5 bis 6 Jahre einen Sachstandsbericht, der keine eigene Forschung, sondern einen Überblick über die jüngsten, in wissenschaftlichen Zeitungen mit Gutachterverfahren (*peer review*) veröffentlichten Forschungsergebnisse präsentiert. Zwei Jahre nach seiner Gründung wurde der erste Sachstandsbericht des IPCC veröffentlicht.

3 Die Grundlage für dieses Kapitel bilden eigene Erfahrungen der Autorin, die von 1998 bis 2003 in der deutschen Delegation an den Klimaverhandlungen teilnahm und danach noch an vereinzelten Verhandlungen als Wissenschaftliche NGO-Vertreterin. Ausserdem wurde folgende Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung herangezogen: [www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38529/unfccc-prozess](http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38529/unfccc-prozess), und Bodansky 2001. Eine detaillierte Chronik der Klimaverhandlungen findet sich unter [www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/200832/zeitleiste-die-internationalen-klimaverhandlungen-eine-chronik](http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/200832/zeitleiste-die-internationalen-klimaverhandlungen-eine-chronik).

4 Es mag dabei kein Zufall sein, dass Nordamerika und Kanada, vor allem aber Washington DC im Jahr 1988 einen der heissesten Sommer durchmachten, auf den eine grosse Dürre folgte. Dies scheint nach McKibben (1990) die Politiker in den USA dazu gebracht zu haben, sich für Klimawandel zu interessieren.

Dieser stellte eine wichtige Basis für den Weltgipfel 1992 in Rio de Janeiro dar, bei dem die Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention of Climate Change, UNFCCC) verabschiedet wurde. Dadurch wurde das Thema Klimawandel ein Stück weit von den technischen Institutionen wie WMO oder IPCC entfernt und zu einem politischen Thema aufgewertet, was für die Entwicklungsländer wichtig war, da sie sich davon bessere Mitsprachemöglichkeiten erhofften (Bodansky 2001). Die Klimarahmenkonvention stellte die rechtliche Grundlage dar für weitere, jährliche Klimakonferenzen (Conference of Parties, COP) und für zusätzlich zweimal jährlich stattfindende Treffen von zwei Nebenorganen (dem sogenannten Subsidiary Body for Implementation [SBI] und dem Subsidiary Body for Scientific and Technical Advice [SBSTA]). Das Ziel der Klimarahmenkonvention ist,

«die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, dass sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann.» (UNFCCC, Artikel 2)

Im Annex I verpflichten sich fast alle Industrie- und Transformationsländer u. a. zur Förderung von nationalen Politiken und Massnahmen zur Emissionsminderung. Ausserdem verpflichteten sich die Vertragspartner, regelmässig Berichte zu veröffentlichen (*National Communications*) und regelmässig die Angemessenheit der Verpflichtungen der Industriestaaten zu überprüfen (Artikel 4.2.d). Denn in der Klimarahmenkonvention wurde das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern festgehalten («common but differentiated responsibilities and respective capabilities», Artikel 4). Dieses Kapitel soll dem Umstand Rechnung tragen, dass die Industriestaaten im Gegensatz zu den Entwicklungsländern bereits seit dem Beginn der Industrialisierung Treibhausgase emittiert haben und auch heute noch für hohe Pro-Kopf-Emissionen und hohe absolute Emissionen verantwortlich sind. Alle nicht im Annex I aufgeführten Vertragsstaaten – dazu gehören fast alle Entwicklungs- und Transformationsländer der Welt – gehen dabei keine Reduktionsverpflichtungen ein. Bereits zwei Jahre nach ihrer Annahme trat im Jahr 1994 die Klimarahmenkonvention in Kraft, in der sich die Annex-I-Staaten verpflichten, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2000 auf den Stand von 1990 zu reduzieren.



Dies stellt ein übergeordnetes Ziel dar und wurde nicht auf nationale Minderungsziele heruntergebrochen. Grund dafür waren vor allem die Spaltung und Uneinigkeit zwischen zwei Verhandlungsgruppen: Die eine Gruppe bestand aus den USA, unterstützt zum Teil von Japan und Russland, die gegen verbindliche Einzelziele und konkrete Zeitpläne waren. Die andere Gruppe umfasste die europäischen Länder, unterstützt von Kanada, Australien und Neuseeland wie auch von den meisten Entwicklungsländern. Letztere forderten verbindliche Ziele mit konkreten Zeitplänen. Eine Sonderstellung nahmen die erdölproduzierenden Staaten, kurz OPEC, ein, die sich keiner dieser beiden Gruppen anschlossen, sondern eine generelle Opposition bildeten. Zum Teil spiegelte sich diese Divergenz auch in der Position des Ministeriums, das die Federführung bei den Klimaverhandlungen eines Landes innehatte. Lag diese beim Umweltministerium, setzte sich das Land eher für verbindliche nationale Minderungsziele ein; lag sie bei einem anderen Ministerium (Aussenministerium oder Wirtschaftsministerium), war die Position eher zurückhaltender (Bodansky 2001).

Daher ist das Kyoto-Protokoll (KP), das 1997 auf COP 3 verabschiedet wurde, als ein besonderer Erfolg zu betrachten, da hier diese Spaltung überwunden werden konnte und sich die Industrieländer verpflichteten, ihre Treibhausgasemissionen der 6 Kyoto-Gase im Zeitraum 2008 bis 2012 (erste Verpflichtungsperiode des KP) auf die Basis von 1990 zu reduzieren.<sup>5</sup> Das Protokoll legt verbindliche Reduktionsziele für jedes einzelne Industrie- und Transformationsland fest – diesmal werden sie im Annex B aufgelistet und heissen daher Annex-B-Länder. Die Europäische Union trat bei den Klimaverhandlungen als Staatenverbund auf und verpflichtete sich zu einer Reduktion um 8 %, die anhand des sogenannten Burden Sharing (Lastenteilung) in EU-internen Verhandlungen auf die einzelnen EU-15-Mitgliedstaaten umgelegt wurde. Für viele Länder (z. B. Russland, Ukraine und Australien) entsprachen die ausgehandelten Ziele jenen, mit denen sie in die Verhandlungen gegangen waren. In der Summe ergab sich nach den Verhandlungen eine Minderung von 5,2 % in der ersten Verpflichtungsperiode (2008–2012) gegenüber 1990. Zur Erreichung dieser Ziele konnten «flexible Mechanismen» genutzt werden, wie der Clean Development Mechanism (CDM), Joint

5 Die sechs Gase sind: Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Distickoxid (N<sub>2</sub>O, Lachgas), wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (FKW), perfluorierte Fluorkohlenwasserstoffe (PFC), Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>). Um die Gase vergleichbar zu machen, werden sie mittels ihres Treibhauspotenzials (Global Warming Potential, GWP) in CO<sub>2</sub>-Äquivalente umgerechnet, die vom IPCC festgelegt werden.

Implementation (JI) oder der Internationale Emissionshandel, die jeweils eine Art handelbare Währung schufen.

Im Jahr 2001 erfolgte ein erster Rückschlag, als Präsident Bush erklärte, dass die USA das Kyoto-Protokoll nicht ratifizieren würden. Er begründete diese Entscheidung damit, dass die USA kein internationales Abkommen akzeptieren könnten, das rechtlich bindende Emissionsminderungen von ihnen und nicht von allen anderen Ländern – vor allem China – verlangt. Die USA waren also im Gegensatz zur Europäischen Union nicht bereit, die historische Verantwortung – für die von Industrieländern akkumulierten Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre – anzuerkennen und den Entwicklungsländern durch ihre erreichten Emissionsreduktionen ein Vorbild zu sein, damit sich diese später zu Emissionszielen verpflichten würden. Präsident Bush argumentierte zum einen mit den hohen Kosten für die USA, die durch Emissionsminderungen entstünden, zum anderen vor allem auch mit dem noch unzulänglichen Wissensstand bez. des Treibhauseffekts (siehe Abschnitt 2.1). Durch diese Entwicklungen dauerte der Ratifizierungsprozess beim Kyoto-Protokoll sehr viel länger als bei der Klimarahmenkonvention. Auch die genauen Regeln für die Nutzung und Ausgestaltung der Flexiblen Mechanismen und die Anrechenbarkeit von Senken, z. B. Aufforstung von Wäldern, die Kohlendioxid aus der Atmosphäre aufnehmen und es speichern können, sind jedoch erst auf den weiteren Klimaverhandlungen in Bonn und Marrakesch 2001 festgelegt worden. Daher war die tatsächliche Stringenz der nationalen Reduktionsziele zum Zeitpunkt der formalen Verabschiedung des Kyoto-Protokolls nicht vollständig ersichtlich und das Kyoto-Protokoll trat erst im Jahr 2005, nach der Ratifizierung seitens Russlands, in Kraft, d. h., es vergingen acht Jahre seit der Verabschiedung in Kyoto.<sup>6</sup> Damit konnte erst im Jahr 2005 in Montreal die erste Conference of Parties Serving as Meeting of Parties (COP/MoP) abgehalten werden, die den Auftakt für neue Gesprächsrunden für verbindliche Verpflichtungen für «post-2012» bildete. Die COPs und COP/MoPs finden jedes Jahr gleichzeitig statt. Mit den USA lag die globale Abdeckungsrate der weltweiten Treibhausgasemissionen des Kyoto-Protokolls bei etwas über 44 % der 2000er Emissionen, durch die Nicht-ratifizierung seitens der USA bzw. den späteren Austritt von Kanada im Jahre

6 Das Kyoto-Protokoll konnte erst verbindlich in Kraft treten, wenn es mindestens 55 Staaten ratifiziert hatten, die im Basisjahr (1990) zusammen mindestens 55 % der Treibhausgase emittiert hatten. Ohne die USA war daher die Ratifizierung Russlands notwendig, das jedoch einen politischen Kuhhandel anstrebte und sich im Gegenzug zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls eine Mitgliedschaft in der WTO erhandelte.

2011 lag sie bei ca. 25 % (siehe Abb. 2). Damit haben sich die global erreichbaren Minderungen des Kyoto-Protokolls reduziert und liegen in der ersten Verpflichtungsperiode bei nur ca. 4 % im Durchschnitt 2008–2012 gegenüber 1990.

Eine Analyse der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls zeigt, dass die Minderungsverpflichtungen insgesamt übertroffen wurden. Laut Shishlov u. a. (2016) haben die meisten Kyoto-Vertragsstaaten ihre Ziele übererfüllt und die Reduktionen der Transformationsländer – ausser Kroatien und Slowenien – lagen ca. 20 % unter ihrem jeweiligen Minderungsziel. Dies führte dazu, dass insgesamt das Kyoto-Ziel jährlich um 2,4 GtCO<sub>2e</sub> übererfüllt werden konnte, wenn die Senkenleistungen einberechnet werden. Ohne die Anrechnung der Senkenleistungen wäre das Kyoto-Ziel um 5,6 % unterschritten worden, was wiederum verdeutlicht, wie wichtig die genauen Ausgestaltungsdetails sind. Die Nutzung der Flexiblen Mechanismen, die von manchen als «Ablasshandel» bezeichnet werden und nicht unumstritten sind, ist bei diesen Berechnungen noch nicht einbezogen. Wider Erwarten wurden statt des einfacheren Handels von Emissionsrechten zwischen den Industriestaaten viel stärker CDM und JI genutzt, die aufgrund ihrer Minderungsberechnung gegenüber einer Referenzentwicklung methodisch komplexer sind. In der ersten Verpflichtungsperiode wurden 864 Mio. JI-Zertifikate und 1642 Mio. CDM-Zertifikate generiert, von welchen 275 Millionen CDM und 184,8 Millionen JI-Zertifikate in der ersten Verpflichtungsperiode als Minderungsleistungen angerechnet wurden.<sup>7</sup>

Die bei den internationalen Klimaverhandlungen stark umstrittene «hot air» wurde nur von sehr wenigen Staaten direkt gekauft, sondern vor allem durch Green Investment Schemes in JI-Zertifikate umgewandelt, die vor allem im Jahr 2012 – kurz vor Ende der ersten Verpflichtungsperiode – auf den Markt gebracht wurden. Sie wurden vor allem von Neuseeland und einigen EU-Ländern – vorwiegend von osteuropäischen Mitgliedern – zur Erreichung ihres Kyoto-Ziels in der ersten Verpflichtungsperiode genutzt. «Hot air» ist vor allem deshalb so stark umstritten, weil sie Emissionsminderungen umfasst, die nicht durch geplante Reduktionsmassnahmen, sondern durch die starke Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit – vor allem in den Transformationsländern – entstanden sind. Ohne den Emissionshandel wä-

7 Dies sind eigene Berechnungen auf Basis der Berichterstattung: [http://unfccc.int/kyoto\\_protocol/final\\_compilation\\_and\\_accounting\\_report\\_for\\_the\\_first\\_commitment\\_period/items/9691.php](http://unfccc.int/kyoto_protocol/final_compilation_and_accounting_report_for_the_first_commitment_period/items/9691.php) (1.1.2017).

ren diese Treibhausgasrückgänge der Bekämpfung des Klimawandels zugezogen, denn ohne die Verkaufsoption hätte die «hot air» nicht an andere Länder verkauft werden können, die diese wiederum für ihre Zielerfüllung unter dem Kyoto Protokoll genutzt haben und so ihre Emissionen steigern konnten. Laut Shishlov u. a. (2016) lag der Anteil von «hot air» mit einer geschätzten Höhe von ca. 2,2 GtCO<sub>2</sub>e pro Jahr unter den tatsächlich erreichten Minderungen im Jahr 2012 von 2,4 GtCO<sub>2</sub>e.

Um die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem noch tolerablen Niveau zu stabilisieren, das mit einem globalen Temperaturanstieg von 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten übereinstimmt, sind weltweit jedoch wesentlich höhere Emissionsminderungen notwendig, als sie in Kyoto verhandelt wurden.

Grosse Hoffnungen waren mit der Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen, COP 15 bzw. COP/MoP 5, verbunden. Durch sie hätte ein möglichst nahtloser Übergang von der ersten in die zweite Verpflichtungsperiode (VP) des Kyoto-Protokolls erreicht werden können. Im Hinblick auf internationale Klimafinanzierung, d. h. Gelder, die Industrieländer Entwicklungsländern für Minderungs- wie auch Anpassungsmassnahmen zur Verfügung stellen, konnte ein Fast-Start und ein Ziel von 100 Mrd. US-Dollar für 2020 erreicht werden. Enttäuschend war allerdings der erreichte Minimalkonsens hinsichtlich der Minderungsziele, der darin bestand, dass man sich global zwar zum ersten Mal auf ein konkretes Temperaturziel, die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, geeinigt hatte. Jedoch konnte dieser Beschluss lediglich zur Kenntnis genommen werden und hat somit keine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Als Trost kann gesehen werden, dass auf der nächsten Klimakonferenz im Dezember 2010 in Cancún das 2-Grad-Celsius-Ziel dann erstmalig formal anerkannt wurde. Auch an den weiteren Klimaverhandlungen, wurde zwar eifrig weiterverhandelt, konnte jedoch kein Durchbruch erzielt werden. Deshalb lässt sich von einer Verhandlungskrise sprechen, die mit der Konferenz in Kopenhagen begonnen hat und bis zur Annahme des Abkommens von Paris im Jahr 2015 anhielt.

Was hat zum Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen geführt? Einer der Gründe für das Scheitern von Kopenhagen wird in der falschen Bewertung der geänderten geopolitischen Konstellationen gesehen. Die Emission der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China), die 1990 noch erheblich unter denen der Industrieländer lagen, waren in der Zwi-

schenzeit erheblich angestiegen, womit sich ihr Verhandlungsgewicht in Kopenhagen stark verschoben hatte. Ein Abkommen ohne diese Länder wäre nicht mehr zielführend gewesen. Auf der UN-Klimakonferenz in Doha 2012 einigten sich dann schliesslich einige Staaten – die Europäische Union, Norwegen, Australien und die Schweiz – auf Minderungsziele bis 2020 für die zweite Verpflichtungsperiode (2013–2020) unter dem Kyoto-Protokoll. Eine Aufteilung des EU-Ziels innerhalb der Europäischen Union konnte zwar erreicht werden, jedoch gestaltete sich die EU-Ratifizierung des sogenannten Doha-Amendments mit den Zielen der zweiten Verpflichtungsperiode schwierig, da Polen diese mit einem Veto lange Zeit blockierte.

Erst im Jahr 2015 in Paris konnte ein neues Abkommen verabschiedet werden, welches keine direkte Trennung zwischen Annex B bzw. Annex I und Non-Annex-I-Ländern vornimmt und damit eine viel höhere Abdeckung von globalen Emissionen erreicht (siehe Abb. 2). Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll, das nach weitverbreiteter Meinung eher einen Top-down-Ansatz verfolgte und nationale Minderungsziele verbindlich im Anhang auflistete, beruht das Abkommen von Paris eher auf einem Bottom-up-Ansatz, bei dem sogenannte Intended Nationally Determined Contributions (INDCs) von jedem Land selbst festgelegt werden und nicht mit dem Abkommen ratifiziert werden. Dadurch haben sie juristisch gesehen nicht den gleichen verbindlichen Charakter. Jedoch greift diese Interpretation etwas zu kurz, denn – wie erwähnt – kamen auch in Kyoto einige Länder mit Zielvorstellungen an den Verhandlungstisch, die sie nicht gewillt waren zu verändern (Grubb 2016). Welche wesentlichen Unterschiede zwischen dem Kyoto-Protokoll und dem Pariser Abkommen tatsächlich bestehen, soll im Folgenden kurz erläutert werden.

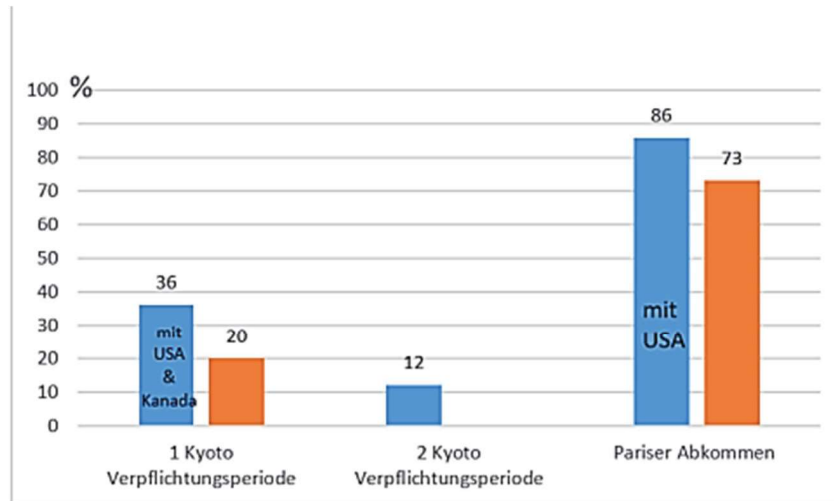


Abbildung 2: Abdeckungsrate der globalen Treibhausgasemissionen nach Abkommen. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Treibhausgasdaten ohne Landnutzungsemissionen von UNFCCC für einzelne Kyoto-Länder und IPCC 2014 für globale anthropogene Emissionen. – Bemerkung: Die Abdeckungsrate für Kyoto wurde mit Emissionsdaten von 2010 geschätzt und für Paris auf Basis von 2014 unter Rückgriff auf [climatewatchdata.org](http://climatewatchdata.org). Die Abdeckungsrate des Pariser Abkommens ist noch nicht abschliessend abschätzbar, da der Ratifizierungsprozess noch nicht abgeschlossen ist. Die Kalkulation geht von 50 613 MMt CO<sub>2e</sub> weltweiter Emissionen aus und zieht die Emissionen von Ländern, die keine NDCs abgegeben (211 MMt CO<sub>2e</sub>) bzw. noch nicht ratifiziert haben (5157 MMt CO<sub>2e</sub>), sowie die Emissionen des internationalen Luftverkehrs (1536 MMt CO<sub>2e</sub>) ab.

### 2.3 Thematische Verhandlungsschwerpunkte

Die in den weiteren Abschnitten noch ausführlicher beschriebenen zahlreichen Facetten des Klimawandels spiegeln sich auch in der mit der Zeit gewachsenen Themenvielfalt der Verhandlungen wider. In den Anfängen der Klimaverhandlungen stand dabei vor allem die Minderung von Treibhausgasen im Vordergrund. Um die Vergleichbarkeit der Inventare und Zielerreichung zu gewährleisten, wurden daher Themen wie Prinzipien für eine transparente Berichterstattung und die Anrechnung der nationalen Emissionsspeicherung durch Wälder und der Überprüfungsprozess der Zielerreichung diskutiert. Dabei wurde Klimaschutz meist als wirtschaftliches Entwicklungsthema verstanden und umfasste schon früh Themen wie Technologietransfer, Kapazitätsaufbau und Finanzhilfen für Entwicklungsländer. Auch die Möglichkeit der Anrechenbarkeit von Minderungen im Ausland (die zuvor beschriebenen Flexiblen Mechanismen) spielten hier eine Rolle und später

auch Waldschutzprogramme in Entwicklungsländern, als Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD+) bekannt. Seit den Verhandlungen in Nairobi 2006 wurden verstärkt Themen zur Anpassung an den Klimawandel (unter dem Stichwort «Adaptation») aufgenommen, da es immer klarer wurde, dass die vereinbarten Minderungsanstrengungen den Klimawandel nicht aufhalten, sondern eher nur seine Geschwindigkeit begrenzen können. Bei den Anpassungshilfen an die Folgen des Klimawandels liegt der Schwerpunkt vor allem auf den «least developed countries» und es finden Quersubventionierungen aus den Abgaben auf die Flexiblen Mechanismen zugunsten von Anpassungsmassnahmen statt. In den letzten Jahren haben sich die Verhandlungen weiter verschärft und man streitet sich über Kompensationen, die Industrieländer an Entwicklungsländer zur Deckung von Verlusten und Schäden, die durch Klimakatastrophen entstanden sind, bezahlen sollen, z. B. Kompensation der Verluste, die durch Migration als Folge des Klimawandels entstehen.

Das Abkommen von Paris beinhaltet im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll ein übergeordnetes Ziel, nämlich die globale Temperaturerhöhung möglichst bei max. 1,5 bzw. unter 2 Grad Celsius zu halten und ab der zweiten Hälfte des Jahrhunderts einen Ausgleich von Emissionen und Senken anzustreben. Die sogenannten INDCs umfassen im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll nicht nur Ziele für nationale Emissionsminderungen, sondern auch für Anpassungsmassnahmen. Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll haben die INDCs, die erst nach ihrer Umsetzung in nationales Recht zu NDCs werden, keinen international verbindlichen Charakter und daher gibt es ausser diplomatischen Massnahmen auch keinen Sanktionsmechanismus. Hier ist anzumerken, dass auch im Kyoto-Protokoll die Sanktionen nur zu einer Erhöhung der Verpflichtungen in der nächsten Periode führten, wobei die Teilnahme in der nächsten Periode für ein Land nicht zwingend war. Eine Überprüfung der Zielerreichung und Adäquatheit soll laut Pariser Abkommen alle fünf Jahre stattfinden, wobei die erste 2023 erfolgt. Die fünf Jahre entsprechen der Länge der ersten Verpflichtungsperiode im Kyoto-Protokoll. Auch sind Prinzipien für die Berichterstattung enthalten, die möglichst transparent, genau und vollständig sein sollen, um weitgehende Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Ähnlich wie im Kyoto-Protokoll sind wiederum Mechanismen im Pariser Abkommen enthalten, welche die Flexibilität der Zielerreichung ermöglichen sollen, z. B. Kooperative Ansätze und der «sustainable development mechanism». Der grösste Unterschied liegt wohl darin, dass beim Pariser Abkommen alle Vertragsstaaten eine Verpflichtung eingehen, wobei diese von absoluten Emissionsminderungen bis zu geringerem

Emissionswachstum gegenüber einem Referenzszenario reichen. Daher sollten internationale Kompensationen entweder ausserhalb der eingegangenen NDCs liegen oder Anpassungen der NDCs und Verrechnungen stattfinden, damit Doppelzählungen vermieden werden. Auf der Klimakonferenz in Katowitz im Jahr 2018 konnte man sich auf eine transparente und standardisierte Berichterstattung einigen, die zum ersten Mal auch alle Entwicklungsländer mit NDCs beinhaltet.

#### 2.4 *Ethische Aspekte*

Wie die vorherige Analyse der internationalen Klimaverhandlungen gezeigt hat, beinhalten diese implizit eine Reihe von ethischen Kernthemen, die die Einigung besonders erschweren (Wardekker u. a. 2009). Als erstes Kernthema kann die Verantwortung für die Erde, «stewardship», angeführt werden. «Stewardship» ist ein Begriff, der aus der christlichen Tradition stammt. Er bezieht sich auf die biblische Vorstellung, die Menschen seien Gottes Treuhänder, die durch die Herrschaft über die Tier- und Pflanzenwelt die ursprüngliche Ordnung der Schöpfung bewahren helfen. Konkret wirft dies im heutigen Diskurs Fragen auf wie (Posas 2007) etwa diejenige, auf welche Konzentration von Treibhausgasen man sich weltweit einigen bzw. welche maximale globale Temperaturerhöhung angestrebt werden soll. Wie eingangs erwähnt können Klimawissenschaftler auf Basis ihrer Modelle nur Szenarien berechnen, die auf Annahmen über die Treibhausgaskonzentrationen beruhen. Sie tun sich jedoch schwer, konkrete Empfehlungen für Minderungsziele abzugeben. Denn eine Vorgabe würde darüber entscheiden, welche Populationen und Kulturen durch Meeresspiegelanstieg und Wasserknappheit ihrer Lebensgrundlage beraubt würden. Aber auch wie zukünftige Generationen die Welt vorfinden, wird dadurch beeinflusst. Wie die Verhandlungen in Paris gezeigt haben, wurde das 1,5-Grad-Celsius-Ziel in den Text aufgenommen, da für bestimmte Länder, z. B. die AOSIS, eine globale Erwärmung um 2 Grad Celsius bereits den «Untergang» ihres Territoriums bedeuten würde. Sie hätten einem Klimaabkommen, das eine globale Erwärmung von bis zu 2 Grad Celsius anstrebt, nicht zustimmen können, da sie dadurch ihrer politischen Verantwortung für ihre Staaten nicht gerecht geworden wären.

Neben der Frage der Verantwortung für die Schöpfung, in deren Hintergrund das Motiv der Treuhänder steht, stellt sich die Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Wie können die Minderungsziele gerecht verteilt werden? Ist ein gleicher Pro-Kopf-Ausstoss von Treibhausgasen gerecht und wenn ja



über welchen Zeitraum? Sollte es bestimmten Ländern (z. B. Ländern in kalten Klimazonen) erlaubt sein, höhere Pro-Kopf-Emissionen zu haben? Wer zahlt wie viel für die Schäden des Klimawandels? Sollte hier das Verursacherprinzip gelten? Wie gerecht ist die Verteilung der Kosten durch Schäden oder durch die Nutzung der Güter, die zu Emissionen im Produktionsprozess führen? Sollte man Staaten dafür bezahlen, ihre fossilen Ressourcen im Boden zu lassen, um den Klimawandel zu bekämpfen? Wer sollte in den politischen Prozess einbezogen werden (z. B. Kinder, die die Auswirkungen am ehesten zu spüren bekommen)? Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit ist naturgemäss eng verknüpft mit Vorstellungen über eine gerechte Ordnung. Auch hier finden religiös motivierte Beteiligte Möglichkeiten, ihre Vorstellungen grundlegender Werte in politische Handlungsoptionen zu übersetzen.

Aber auch im Hinblick auf die Klimaforschung und die politischen Handlungsempfehlungen stellen sich ethische Fragen: Wer übernimmt die Verantwortung für den Nachweis, dass Klimawandel existiert? Wie geht man mit Unsicherheiten um? Soll man trotz Unsicherheit aktiv werden? Handelt es sich hierbei tatsächlich um eine Frage des Glaubens – oder doch vielmehr um eine der Methode? Welche Forschungsmethoden sollten angewendet werden (Kosten-Nutzen-Analyse und welche Diskontierungsrate, siehe Abschnitt 3.2.3)? Welche politischen Instrumente und neuen Technologien (z. B. Geoengineering) sind erlaubt?

Eine offene Diskussion der ethischen Fragen ist für weitere Einigungen bei den Klimaverhandlungen wichtig. Dabei ist es wünschenswert, die potenziellen religiösen Hintergründe bestimmter normativer Wertvorstellungen, die dabei mitschwingen, nicht nur offenzulegen, sondern auch in ihrem Motivationspotenzial ernst zu nehmen.

### 3. Klimawandeldiskurs

#### 3.1 Begriffswandel

Nicht nur das Klima, auch der Begriff Klimawandel ist im Laufe der Zeit einem mehrfachen Wandel ausgesetzt gewesen. In den Anfängen wurde vom «Treibhauseffekt» als der ursprünglichen Ursache gesprochen, dann von der «globalen Erwärmung» und heute wird meist der – sehr viel dehnbarere – Begriff Klimawandel verwendet. Begriffe wie «Klimaveränderung» und «Klimaänderung» haben sich nie durchsetzen können. Diese Entwicklung lässt sich mit Diagrammen, die mithilfe des Ngram Viewer erstellt werden, besonders gut veranschaulichen – wie in Abbildung 3 und 4. Hier wurden sowohl

englische als auch deutsche Begriffe wie «greenhouse effect» / Treibhauseffekt, «global warming» / globale Erwärmung und «climate change» / Klimawandel analysiert.<sup>8</sup>

Wie die Abbildungen 3 und 4 zeigen, wurde seit den 1980er-Jahren der Begriff «Treibhauseffekt» verwendet, der sich auf den von Joseph Fourier bereits im 18. Jahrhundert entdeckten physikalischen Mechanismus bezieht (Fourier 1827), wobei er diesen Begriff nicht direkt benutzt hat. Der Treibhauseffekt lässt sich dadurch erklären, dass die in der Atmosphäre vorkommenden Gase, z. B. Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O), wie das Glasdach eines Treibhauses wirken, und die daher auch als Treibhausgase bezeichnet werden. Sie ermöglichen, dass kurzwelliges Sonnenlicht zur Erdoberfläche gelangt, und verhindern, dass die langwelligen Wärmestraahlen von der Erde nach aussen dringen. Dadurch entsteht auf der Erde eine Durchschnittstemperatur von etwa 15 Grad Celsius – der sogenannte «natürliche Treibhauseffekt», ohne den sie nur ca. minus 18 Grad Celsius betragen würde. Durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Gas und Öl, aber auch durch Viehhaltung und Reisanbau hat sich bis 2011 seit der Industrialisierung die Konzentration der Treibhausgase (THG) in der Atmosphäre bereits um 40 % erhöht (IPCC 2013). Dieser durch menschliches Handeln verstärkte Effekt wird als «anthropogener Treibhauseffekt» bezeichnet und wurde bereits 1896 von Svante Arrhenius erstmals quantitativ genauer beschrieben (Arrhenius 1896).

Es dauerte jedoch noch ca. acht Jahrzehnte, bis diesem Effekt eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dies liegt wohl daran, dass in den 1970er-Jahren die Öffentlichkeit überhaupt für Umweltthemen besonders empfänglich war. Auf nationaler Ebene spiegelt sich dieses gesteigerte Interesse in der Gründung der Umweltministerien – und international in der Etablierung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP), wobei beide Institutionstypen vor allem auf lokale Umweltthemen fokussieren (Bodansky 2001). Ausserdem fallen in diese Zeit der Bericht des Club of Rome,<sup>9</sup> der international die Besorgnis um die Zukunft des Planeten erhöhte (Daniels/Endfield 2009), wie auch die

8 Der Ngram Viewer ist ein von Google zur Verfügung gestelltes Instrument, mit dessen Hilfe sich Sprachgebrauchsfrequenzen, also Häufigkeiten von ausgesuchten Wortfolgen, sogenannte N-Gramme, in der Literatur über längere Zeiträume analysieren lassen. Siehe <https://books.google.com/ngrams>.

9 Vgl. den Beitrag von Patrick Kupper in diesem Band.

Entdeckung des Ozonlochs und die darauf folgenden internationalen Verhandlungen zum Montrealer Protokoll. Dieses diente auch als Vorbild für die Setzung von konkreten Zielen mit Zeitvorgaben in den Klimaverhandlungen (Andresen/Agrawala 2002).

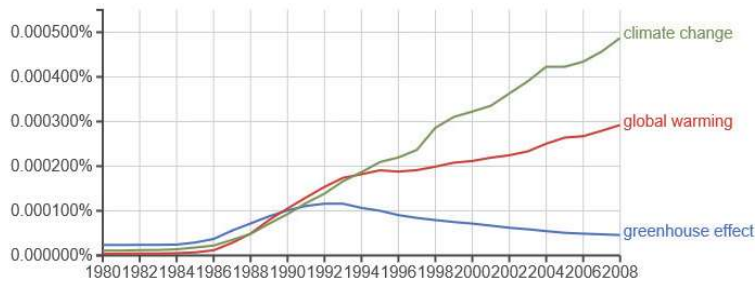


Abbildung 3: Begriffsstatistik in der englischen Sprache (1970–2010). Quelle: Ngram Viewer.

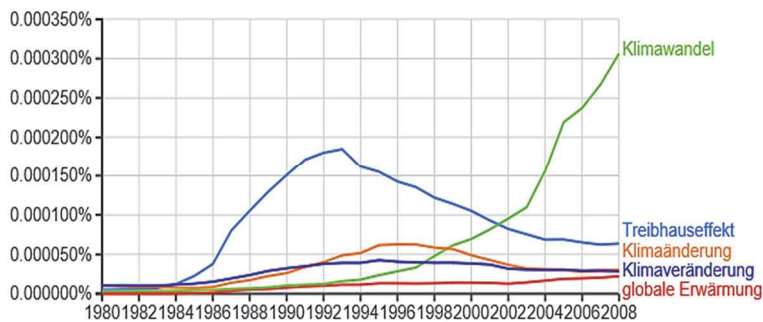


Abbildung 4: Begriffsstatistik in der deutschen Sprache (1980–2008). Quelle: NgramViewer.

Für die Weiterentwicklung der Klimawissenschaften spielten auch technische Entwicklungen eine Rolle, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden. Dabei ist vor allem die Entwicklung von Computern mit hoher Rechenkapazität zu nennen, die es erst ermöglichte, Klimamodelle mitsamt den komplexen Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Kausalkettenelementen zu modellieren (Bodansky 2001).

In der englischen Sprache wurde der Begriff «greenhouse effect» bereits 1990 von «global warming» abgelöst, der sich in der deutschen Sprache jedoch nie richtig etabliert hat (siehe Abb. 3). Der Begriff «global warming»

bezieht sich speziell auf die Folgen des Treibhauseffekts, nämlich auf die Zunahme der Temperatur, die durch die Erhöhung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre entsteht. Dieser Begriff wurde laut Conway (2008) vom NASA-Wissenschaftler James E. Hansen geprägt, der 1988 vor dem US-Senate erklärte: «[...] global warming has reached a level such that we can ascribe with a high degree of confidence a cause and effect relationship between the greenhouse effect and the observed warming.» (Hansen 1988, 44) Jedoch reduziert man durch diese Begriffswahl den Treibhauseffekt auf die Dimension der globalen Erwärmung, die für viele Wissenschaftler noch nicht einmal das Hauptproblem umfasst, das sie vielmehr in der Geschwindigkeit der Temperaturzunahme sehen, die den heute lebenden Arten keine Anpassungszeit lässt.

In der englischsprachigen Literatur wurde daher der Begriff «global warming» bereits nach vier Jahren (im Jahr 1994) durch den Begriff «climate change» abgelöst, der bis heute als häufigste Bezeichnung für das physische Phänomen gebraucht wird. Er wurde laut Conway (2008) bereits 1975 von Broecker (1975) eingeführt, womit deutlich wird, wie lange ein Begriff benötigt, um sich im öffentlichen Diskurs durchzusetzen. Auch in der deutschen Sprache wird, spätestens seit der Jahrtausendwende, eher der Begriff «Klimawandel» als «Treibhauseffekt» verwendet. «Klimawandel» als Begriff ist dehnbarer, bezieht sich nicht nur auf die eine kausale Folge, sondern lässt Spielraum für Interpretationen. Genau auf diesen Interpretationsspielraum, den der Begriff «Klimawandel» zulässt, und für den die anderen beiden Begriffe keinen Raum geben, weist Mike Hulme hin. Laut ihm wurde durch das Bewusstwerden der Gefahren des Klimawandels «aus dem überwiegend physischen Phänomen Klimawandel zugleich ein gesellschaftliches» (Hulme 2014, 23).

Im Folgenden werden die öffentlichen Diskurse zum Klimawandel aus verschiedenen Perspektiven – der wissenschaftlichen und medialen – näher erläutert, um die Herausforderungen bei der Kommunikation von Klimawandel aufzuzeigen. In den letzten Abschnitten wird speziell sowohl auf apokalyptische Rhetorik als auch auf den Einfluss einer religiösen Weltansicht am Beispiel der USA eingegangen.

### 3.2 *Kommunikationsherausforderungen*

#### 3.2.1 *Naturwissenschaften*

Warum fällt es Naturwissenschaftlern so schwer, Klimawandel und seine Auswirkungen zu kommunizieren? Wie schon oben beschrieben, wird Klimawandel mithilfe von Klimamodellen erforscht, die – gegenüber den sonst

häufig auf Beobachtungen basierenden Naturwissenschaften – auf der Simulation von Szenarien beruhen, die für Naturwissenschaftler, aber besonders für Laien eher ungewohnt sind (Pidgeon/Fischhoff 2011). Sie bilden das komplexe System anhand einer Kausalkette ab, deren Ursache-Wirkung-Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Gliedern häufig durch nicht lineare Prozesse mit Rückkopplungseffekten und Systemträgheit gekennzeichnet sind (Hansen 2007). Wie Döner (2014) an einigen Experimenten zeigt, sind es jedoch gerade komplexe, nicht lineare Prozesse, die für Menschen besonders schwierig nachzuvollziehen sind. Die Ergebnisse der Klimamodelle hängen dazu stark von den Annahmen im Modell ab und können daher die Auswirkungen nur im Rahmen von Unsicherheiten bzw. Wahrscheinlichkeiten erklären (z. B. würde bei einer Treibhausgaskonzentration von  $x$  der Meeresspiegel mit einer Wahrscheinlichkeit von  $y$  um  $z$  Zentimeter ansteigen). Dabei gibt sich der IPCC besondere Mühe, die Unsicherheiten und Risiken, die im Zusammenhang mit den Modellierungen auftauchen, adäquat zu kommunizieren, sodass sie für den Laien verständlich sind. Um die Kommunikation der Ergebnisse zu verbessern, wurde für den vierten IPCC-Sachstandsbericht zum Beispiel eine neue Richtlinie entwickelt, wie Wahrscheinlichkeiten, die normalerweise in numerischen Werten angegeben werden, verbal ausgedrückt werden können (z. B. «virtually certain» entspricht einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 99 %). Wie sich herausstellte, hat dies jedoch nicht zu einem besseren Verständnis bei den Lesern geführt. Budescu u. a. (2009) zeigen anhand eines Experiments, dass die Interpretation der verbalen Beschreibungen der Resultate stark variierte und eher zu einer Unterschätzung der Tragweite des Klimawandels führte, als zum besseren Verständnis beizutragen.

Zu der grossen Herausforderung, die die richtige Kommunikation der Unsicherheiten bildet, kommt hinzu, dass Forscher weitere Untersuchungen eher in Bereichen vornehmen, bei denen noch grosser Forschungsbedarf gesehen wird und nicht in Bereichen, die bereits gut erforscht sind. Das derzeitige Wissen kann dabei in drei Gruppen unterteilt werden, die «known knowns», die «known unknowns» und die «unknown unknowns». Letztere meinen Folgewirkungen oder Zusammenhänge, von denen wir heute noch nichts wissen.<sup>10</sup> Wie zuvor erläutert, werden in den IPCC-Sachstandsberichten vor allem neue Erkenntnisse in der Forschung zusammengefasst. Dies

10 Donald Rumsfeld, bei einer Pressekonferenz des US Department of Defense, 12. Februar 2002. Siehe hierzu auch den Beitrag von Mario Kaiser in diesem Band.

kann in der Öffentlichkeit leicht den Eindruck vermitteln, dass in den Klimawissenschaften noch viele Unsicherheiten bei der Abschätzung des Klimawandels vorliegen (Pidgeon/Fischhoff 2011).

Um der Öffentlichkeit die Botschaft zu vermitteln, dass Klimawandel heute schon überall auf der Erde stattfindet, verwendet der IPCC im Sachstandsbericht von 2013 eine Grafik, die die bereits erfolgte Temperaturerhöhung anhand einer Weltkarte veranschaulicht (siehe Abb. 5). Es scheint, dass er damit der bisher in den Industrieländern dominierenden gefühlten Ferne entgegenzuwirken versucht bzw. auch der persönlichen Erfahrung des Klimawandels, die für die eigene Handlungsmotivation durch eine verstärkte Risikowahrnehmung wichtig zu sein scheint, eine wissenschaftliche Grundlage bieten will (Akerlof u. a. 2013). Jedoch sind die Menschen laut Sloterdijk «Zukunftsatheisten». Sie glauben nicht an das, was sie wissen, bzw. sie wollen nicht daran glauben, auch wenn Forscher und Experten ähnlich wie Propheten einst<sup>11</sup> an Gewissen und Moral appellieren und mit starken Worten zur Umkehr mahnen. Laut Sloterdijk scheint diese «Ungläubigkeit das elementare Element der globalen Krise» zu sein (Sloterdijk 2009, S. 2).

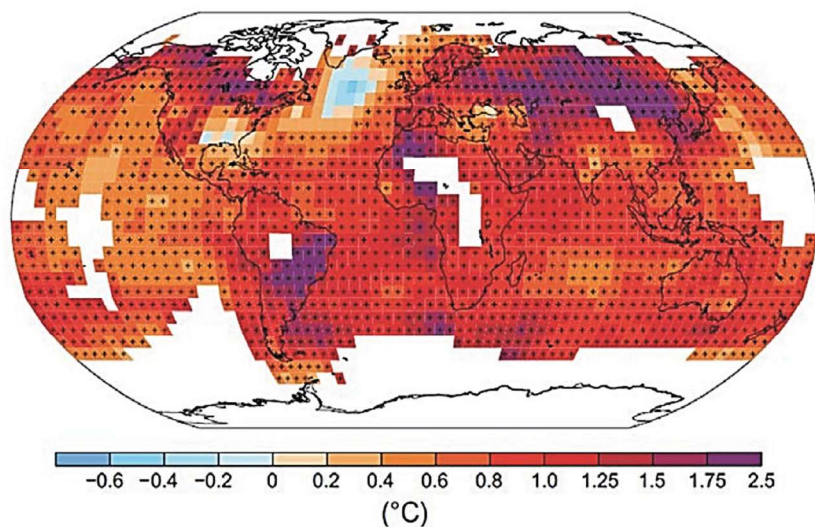


Abbildung 5: Beobachtete Erwärmung der Erdoberfläche 1901–2012. Quelle: IPCC 2013.

11 Vgl. dazu die Diskussion in Harald Materns Einleitung sowie den Beitrag von Mario Kaiser in diesem Band.

### 3.2.2 Medien

Die beschriebene Komplexität der naturwissenschaftlichen Zusammenhänge und die Schwierigkeiten bei der Kommunikation der noch bestehenden Unsicherheiten werden von Klimaskeptikern bewusst ausgenutzt, um durch die Medien die Öffentlichkeit so zu beeinflussen, dass diese glaubt, dass die Wissenschaftler bez. des anthropogenen Treibhauseffekts noch unsicher seien. Eine Studie in den USA hat ergeben, dass in den dortigen Medien – den wichtigsten Zeitungen wie *New York Times*, *Washington Post*, *Wall Street Journal* – durch ihren Anspruch ausgewogener Berichterstattung der Öffentlichkeit jedoch eher ein verzerrtes Bild hinsichtlich des wissenschaftlichen Kenntnisstandes bez. Klimawandel vermittelt wurde. Der Sicht von Klimaskeptikern, die entweder die wissenschaftlichen Erkenntnisse anzweifeln oder den Klimawandel als unwichtig abtaten, wurde dabei vergleichsweise zu viel Raum eingeräumt (Boykoff/Boykoff 2004). Auch in Grossbritannien hat eine Umfrage im Dezember 2009 ergeben, dass zwar 91 % der Befragten von einer globalen Erwärmung der Erde ausgehen, aber nur 21 % davon sie als vom Menschen beeinflussbar ansehen. Die meisten Befragten sind der Meinung, dass weitere Forschung notwendig sei, um dies wissenschaftlich zu belegen, und sind daher zurückhaltend, ihren Lebensstil anzupassen (Woods u. a. 2012). In ihrer Kritik an der Annahme, der Klimawandel sei ein anthropogenes Phänomen, rücken die betreffenden Journalisten den Klimawandel vermehrt auch selbst in die Nähe religiöser Glaubenswahrheiten. So fanden Woods u. a. (2012) heraus, dass vor allem in konservativen Zeitungen wie *The Times* und *The Daily Telegraph* Klimawandel häufig als eine Art «neue Religion» oder als «Glaube» bezeichnet wird. Dadurch wird versucht, den Lesern ein Gefühl der Irrationalität zu vermitteln, das in starkem Kontrast zu den rationalen naturwissenschaftlichen Befunden steht. Häufig werden Umweltschützer als Extremisten oder Fundamentalisten präsentiert, gegenüber denen die Ansichten der betreffenden Autoren dann «moderater» wirken sollen. Die Klimawissenschaftler werden dabei als besonders intolerant dargestellt, als bornierte Überzeugungstäter, die keine andere Meinung gelten liessen und Andersdenkende als Ketzer beschuldigten. Durch diese Verschiebung der Kommunikation über den Klimawandel auf eine unwissenschaftliche Ebene ist es besonders schwierig, mit wissenschaftlichen Argumenten Gehör zu finden. Der Diskurs zum Klimawandel ähnelt somit einem «Glaubenskrieg», bei dem wissenschaftliche Erkenntnisse mit Glaubensansichten gleichgestellt werden. Journalisten, die den Klimawandel eher kritisch sehen, positionieren sich gegenüber Klimawissenschaftlern als vernunftgeleitete Aufklärer.

Hinzu kommt, dass Medien der Öffentlichkeit häufig das Gefühl vermitteln, dass der Klimawandel örtlich wie auch zeitlich weit entfernt stattfinden wird und er somit kaum Einfluss auf sie haben werde (Stoll-Kleemann u. a. 2001; Lorenzoni u. a. 2006). Dieses Gefühl der Distanz wird auch durch die gewählte Bildersprache erzeugt. Die Auswirkungen liegen entweder in ferner Zukunft oder in geografischer Ferne.

Auf der anderen Seite wird versucht Emotionen zu erzeugen, die eine persönliche Betroffenheit bei den jeweiligen Betrachtern auslösen. Die Auswirkungen des Klimawandels werden zum Beispiel mit Eisbären, die auf einer kleinen Eisscholle treiben und kurz vor dem Verhungern sind, dargestellt, was besonders an Tierfreunde und Artenschützer appellieren soll. Es ist aber auch gängig, überflutete Küstenstädte oder ausgetrocknete Ackerböden als Bildmotive zu verwenden, um Mitgefühl mit den betroffenen Menschen zu wecken (O'Neill/Nicholson-Cole 2009). Die Intention, Betroffenheit auszulösen, steht in einer Spannung zu der häufig empfundenen Ferne und Unsicherheit bezüglich der möglichen Folgen und Auswirkungen des Klimawandels.

Um die örtliche und zeitliche Distanz in der Wahrnehmung des Klimawandels durch die Bevölkerung in Industrieländern – besonders in Amerika – zu vermindern, bediente man sich des Genres des Katastrophenfilms als Massenmedium. Der Film *The Day After Tomorrow* von Roland Emmerich aus dem Jahre 2004 zeigt am Beispiel einer amerikanischen Familie anschaulich die Auswirkungen eines abrupten katastrophalen Klimawandels. Dabei ist das Motiv nicht die Erderwärmung, sondern eine plötzliche katastrophale Eiszeit: New York versinkt in Eis und Schnee. Eine Wirkungsstudie zum Film in Grossbritannien hat gezeigt, dass diese visuelle Strategie der Angsterzeugung die Motivation der Besucher erhöhte, etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen. Die Zuschauer sahen jedoch vor allem die Regierung in der Pflicht, die Bevölkerung darin anzuleiten, wie sie sich an den Klimawandel anpassen bzw. etwas dagegen tun könnte (Lowe u. a. 2006).

Auch der 2006 in die Kinos gekommene Dokumentarfilm *An Inconvenient Truth* des ehemaligen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Al Gore versuchte der Öffentlichkeit den Klimawandel und seine gravierenden Folgen näherzubringen, um damit die Unterstützung für die amerikanische Klimapolitik zu erhöhen. Er wurde dafür 2007 gemeinsam mit dem IPCC mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.<sup>12</sup> Eine Studie zeigt, dass der Film bei

12 [www.nobelprize.org/nobel\\_prizes/peace/laureates/2007](http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2007).



seinen Besuchern kurzzeitig zu einer Erhöhung der Nachfrage nach freiwilligen Treibhausgas-Kompensationsprojekten – sogenannten Offsets – geführt hatte, jedoch keine anhaltende Wirkung zeitigen konnte (Jacobsen 2011). Es scheint, dass trotz der geschärften Wahrnehmung des Problems des Klimawandels die Bevölkerung diesem keine hohe Priorität beimisst.

### 3.2.3 Wirtschaftswissenschaften

Um den öffentlichen Diskurs von den Unsicherheiten der Klimawissenschaften hin zu den Folgen des Klimawandels und der Notwendigkeit des Handelns zu lenken, wurden auch ökonomische Argumente präsentiert. So wurde in Grossbritannien von der Regierung ein Bericht in Auftrag gegeben, der eine Kosten-Nutzen-Analyse bez. des Klimawandels vornehmen sollte. Diese 2006 von Nicolas Stern mit einer sehr grossen Medienresonanz publizierte Studie, der sogenannte *Stern Review on the Economics of Climate Change*, diskutiert nicht die Wahrscheinlichkeiten der anthropogenen Beeinflussung des Klimas, sondern fokussiert auf die Frage nach der Effizienz von Klimapolitik.<sup>13</sup> Er bezeichnet dabei «climate change» als «the greatest market failure the world has ever seen» (Stern 2007, viii). Um seine Botschaft zu veranschaulichen, bedient er sich bildlicher Darstellungen, wie z. B. der vom IPCC in seinem dritten Sachstandsbericht veröffentlichten Grafik, die an glimmende Glut, «burning embers», erinnert. Es ist eine komplexe Grafik und nicht einfach zu interpretieren, da sie versucht, anhand von fünf Säulen (Horizontale) die Risiken des Klimawandels bei unterschiedlichen globalen Temperaturerhöhungen (Vertikale) darzustellen. Für die Darstellung und auch für die Handlungsempfehlungen aus der Stern-Studie mussten monetäre Bewertungen vorgenommen werden, die abhängig sind von den jeweiligen Annahmen, z. B. darüber, welche Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel (z. B. Dammbau) in Zukunft eingesetzt werden, oder von der Wahl der Diskontierungsrate (d. h. mit welchem Zinssatz Kosten/Nutzen in der Zukunft in heutige Werte umgerechnet werden). Besonders letztere Frage hat zu heftigen akademischen Diskussionen innerhalb der Wirtschaftswissenschaften geführt, da sie sich nicht objektiv beantworten lässt, sondern vielmehr ethi-

13 [http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_change/stern\\_review\\_report.cfm](http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm).

sche Grundsatzfragen (Wie sollen der Nutzen oder die Kosten von zukünftigen Generationen bewertet werden?) berührt.<sup>14</sup> In der letzten Säule der Burning-Embers-Grafik werden die Risiken irreversibler Klimakatastrophen grösseren Ausmasses wie z. B. des Schmelzens der westantarktischen Eisschicht aufgeführt. Damit wird auf die grossen Gefahren des Klimawandels hingewiesen, die auch in der Kippunkt-Weltkarte, der *Tipping Points Map* von Held und Schellnhuber 2004, zur Kommunikation verwendet werden.<sup>15</sup> Sie zeigt die Prozesse an, die nicht mehr umkehrbar sind, sobald gewisse Grenzwerte überschritten werden. Diese bildliche Darstellung fokussiert rein auf das Erdsystem und enthält dabei weder Eintrittswahrscheinlichkeiten noch Auswirkungen auf die Menschheit (Liverman 2009). Wie bzw. ob die sogenannten «Fat Tails», d. h. Ereignisse, die mit einer sehr geringen Wahrscheinlichkeit, jedoch mit sehr hohen Schäden verbunden sind, in ökonomische Kosten-Nutzen-Modelle einbezogen werden sollen bzw. können, ist neben der Diskontierungsrate ein weiteres stark umstrittenes Thema unter Ökonomen.<sup>16</sup>

### 3.3 Verwendung apokalyptischer Rhetorik

Während die einen Journalisten die potenziellen Gefahren des Klimawandels herunterspielen, versuchen andere, durch bestimmte Wort- und Bilderwahl das Empfinden einer realen Bedrohung zu verstärken (Daniels/Endfield 2009; O'Neill/Nicholson-Cole 2009). Bildsprachliche Motive, die den Klimawandel als Apokalypse erscheinen lassen, finden dabei häufige Verwendung. Diese Rhetorik nutzt das apokalyptische Bildmaterial nicht wie in der Bibel im Zusammenhang mit Vorstellungen von einem Wendepunkt, sondern eher – wie es meist gegenwärtig in der Umgangssprache geschieht – in dem Sinne, dass das «Ende der Welt» drohe (Tilly 2012). Biblisch gesehen kommt nach der Krise eine Katharsis, nach der letztlich das Heil der Erlösung steht. Im Zusammenhang mit dem Klimawandel wird das positive Ende nach dem Wendepunkt jedoch meist kuptiert (Vondung 1988, nach Nagel 2008).<sup>17</sup> Sloterdijk spricht von den «Ökoapokalyptikern», die an keine Rettung der Guten glauben, sondern daran, dass alle bestraft werden, wenn nicht

14 Für eine ausführliche Darstellung der akademischen Diskussion zur Diskontierung siehe Karp/Traeger (2013).

15 Die Grafik findet sich in Kemp (2005).

16 Der Streit wird speziell zwischen Weitzman (2009) und Nordhaus (2011) ausgetragen.

17 Vgl. dazu den Beitrag von Harald Matern in diesem Band.

jeder als Shareholder der Atmosphäre sich beim Energieverbrauch einschränkt (Sloterdijk 2009). Dabei beeinflussen Journalisten durch die Wahl von bekannten Bildern oder Zusammenhängen nicht nur, welche Themen in der Öffentlichkeit als wichtig wahrgenommen werden, sondern auch die Art der Dekodierung bzw. die Deutungsmuster des Empfängers, die Art und Weise, wie dieser Probleme definiert, Ursachen wahrnimmt oder Lösungen bewertet (Foust/O'Shannon Murphy 2009).

Die Wirkungen apokalyptischer Darstellungen des Klimawandels hängen, laut Foust/O'Shannon Murphy (2009) hauptsächlich von der gewählten zeitlichen Dimension ab.<sup>18</sup> Wenn die Zeit als sehr knapp und die Katastrophe als unausweichlich angesehen wird, wie im Film *The Day After Tomorrow*, dann wird dies als «tragic apocalypse» bezeichnet, also als Tragödie. Eine solche Darstellung wiederum erweckt bei den Zuschauern eher das Gefühl von Ohnmacht und Resignation, da das katastrophale Ende unausweichlich scheint. Ausserdem ermöglichen solche Darstellungen Klimaskeptikern, die Wissenschaftler als Panikmacher zu diskreditieren.

Wenn hingegen in einem solchen apokalyptischen Szenario noch Zeit zum Reagieren bleibt und das Ende noch beeinflusst werden kann, wie im Film *An Inconvenient Truth*, dann sprechen Foust und O'Shannon Murphy von einer «comic apocalypse», also einer Komödie. Eine solche Darstellung kann sich dann positiv auf die Aktivitäten der Zuschauer auswirken, da sie durch Verhaltensänderungen noch einen positiven Ausgang erreichen können. Sie schlagen daher vor, apokalyptische Vorstellungen in der Kommunikation des Klimawandels eher in letzterem Sinne zu verwenden und dadurch Verhaltensänderungen und ein gesteigertes gesellschaftliches Bewusstsein von den Risiken des Klimawandels zu begünstigen.

#### 3.4 Einfluss religiöser Weltansichten am Beispiel der USA

Neben der Verwendung von apokalyptischer Rhetorik wird es in einigen Ländern – vor allem in den USA – durch eine bestimmte religiöse Weltansicht erschwert, die Öffentlichkeit für eine ambitioniertere Klimapolitik zu motivieren. Dies wird zum Beispiel in folgender Abbildung 6 aus einer Umfrage 2004 deutlich, die das US-amerikanische Public Religion Research Institute gemeinsam mit der American Academy of Religion durchführte (Jones u. a. 2014). Sie zeigt, dass 49 % der Amerikaner (2011 waren es noch 44 %) bzw.

18 Vgl. dazu die Diskussion zur Chronopolitik bei Mario Kaiser: Moration. Zur Chronopolitik des Zögerns, in: Georg Pfeleiderer / Harald Matern / Jens Köhrsen (Hg.): Krise der Zukunft II. Verantwortung und Freiheit angesichts apokalyptischer Szenarien, Zürich 2018, 141–174.

77 % der weissen Protestanten die jüngsten Naturkatastrophen eher mit der biblischen «Endzeit» in Verbindung bringen als mit dem Klimawandel.

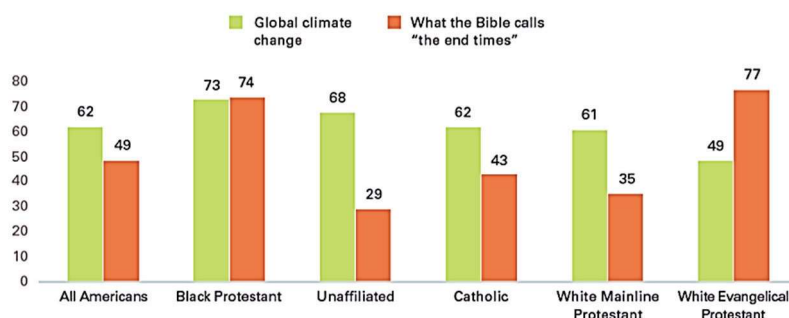


Abbildung 6: US-amerikanische Ansichten zur Ursache von aktuellen extremen Naturkatastrophen nach Religionsgruppenzugehörigkeit. Quelle: PRRI/AAR: Religion, Values, and Climate Change Survey, November 2014 (Jones u. a. 2014).

Eine andere Studie kommt zu einem ähnlichen Ergebnis (Barker/Bearce 2013). Sie schätzt den Zusammenhang zwischen der Befürwortung von politisch aktivem Klimaschutz und dem Glauben an die baldige Wiederkunft Christi statistisch ab und berechnet, dass der Glaube an die Endzeit die Wahrscheinlichkeit um 20 % reduziert, aktiven Klimaschutz zu befürworten. Dies wird von den Autoren als plausibles Ergebnis bezeichnet, da die Befragten subjektiv mit einer höheren Diskontrate rechnen. Sie bewerten die kurzzeitigen Kosten für Emissionsminderungen höher als den langzeitigen Nutzen des Klimaschutzes, da sie von diesem voraussichtlich nicht mehr profitieren können. Zudem lässt sich ein starker Zusammenhang von konservativen Protestanten und republikanischer Parteizugehörigkeit aufzeigen (Barker/Bearce 2013), was wiederum als ein wichtiger Faktor für die Schwierigkeiten der USA, sich auf eine ambitionierte Klimapolitik zu einigen, angesehen werden kann. Die im Senat vertretenen konservativen Protestanten, die meist zu den «creationists»<sup>19</sup> und «Endzeit»-Gläubigen<sup>20</sup> gehören, sind

19 Die «Creationists» vertreten die Ansicht, dass die Erde nur ein paar Tausend Jahre alt ist und dass es keine Evolution gibt. Diese Ideologie wird von vielen Protestanten geteilt und stammt aus den USA (Roberts 2011).

20 Laut einer Studie des Pew Research Center (2010) (in LV ergänzen) glaubten 41 % der Befragten, dass die Wiederkunft Christi voraussichtlich oder sicher vor 2050 sein würde.

eine Herausforderung für jeden Präsidenten, der eine ambitionierte Klimapolitik verfolgen möchte. Durch welche Argumente werden die Protestanten oder unabhängigen Christen von dieser Weltsicht überzeugt? Zum einen durch ihre generell skeptische Haltung gegenüber den Naturwissenschaften. Wie durch die Publikation *The Republican War on Science* von Chris Mooney veranschaulicht wird, versuchen entsprechend ausgerichtete Journalisten, die unschlüssigen oder verwirrten Protestanten zu überzeugen (Kearns 2012). Laut Kearns (2012) betonen sie vor allem die in Abschnitt 3.2 beschriebenen «Unsicherheiten» der Klimawissenschaftler bez. des Klimawandels und versuchen den Eindruck von Irrationalität entstehen zu lassen. Mit dieser Strategie waren sie bisher sehr erfolgreich. Nicht nur in den USA, sondern auch in Australien und manchen anderen Ländern haben sie – gemeinsam mit den Grosskonzernen im Bereich fossiler Ressourcen – klimapolitische Bestrebungen der Regierungen entweder verhindern, verzögern oder, wie in Australien, Gesetze sogar wieder ausser Kraft setzen können. Auf das Argument, dass Klimawandel vor allem die Armen treffe, entgegnen sie, dass die Anstrengungen, die Treibhausgase zu reduzieren, auch vor allem die Armen treffen, da Energie teurer werde. Ausserdem werden negative Wachstumsszenarien beschworen und vor der Umweltbewegung als neuem «Kommunismus» gewarnt, der die freie Marktwirtschaft gefährden könnte. Der Markt wird von ihnen als «unsichtbare Hand Gottes» angesehen (Kearns 2012). Aber es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es auch unter den Protestanten und unabhängigen Christen aktive Umweltaktivisten gibt, die sich für Klimapolitik einsetzen. Zum Beispiel wurde 2006 die *Evangelical Climate Initiative* verabschiedet, die sich für eine aktive Teilnahme der Kirchen am Klimaschutz engagiert.<sup>21</sup> Der Einfluss der Weltsicht auf die Haltung zum Klimawandel ist nach Veldman u. a. (2014) nicht unbedingt von der Religion abhängig, sondern davon, ob man der konservativen oder eher progressiven Gruppe innerhalb einer Religion angehört. So gibt es auch viele Klimaskeptiker unter den konservativen Juden oder den konservativen Katholiken.

#### 4. Zusammenfassung Teil I

Die Ausführungen zeigen, wie komplex und vielschichtig sich die öffentliche und politische Debatte zum Klimawandel mit der Zeit entwickelt hat. Zum einen werden die Einigungsschwierigkeiten auf der politischen Seite durch die grosse Anzahl von Ländern mit unterschiedlichen Eigeninteressen, die

21 [www.npr.org/documents/2006/feb/evangelical/calltoaction.pdf](http://www.npr.org/documents/2006/feb/evangelical/calltoaction.pdf).

einen Konsens erreichen sollen, deutlich. Sie tun sich besonders schwer, wenn es um ambitionierte Ziele mit konkreten Zeitplänen geht. Die ethischen Grundsatzfragen, die bei diesen Konferenzen zwar nicht explizit, jedoch implizit mitverhandelt werden, verdeutlichen die Tragweite der Entscheidung. So geht es für bestimmte Staaten nicht nur um ein Klimaabkommen, sondern um die «Existenz ihrer Nation», d. h. direkt um ihre eigene Zukunft.

Zum anderen wurden die Herausforderungen in der Kommunikation des Klimawandels herausgearbeitet, die es erschweren, den notwendigen Rückhalt in der Gesellschaft für eine ambitionierte Klimapolitik zu erreichen. Um die Auswirkungen des Klimawandels abzuschätzen, wird sowohl in den Naturwissenschaften als auch in den Wirtschaftswissenschaften vor allem mit Modellen und Szenarien gearbeitet, deren Ergebnisse leicht angegriffen werden können, da jede damit «konstruierte Zukunft» auf bestimmten Annahmen beruht. Sloterdijk kommt zu dem Schluss, dass es nicht am fehlenden Wissen liege, denn die Zusammenhänge zwischen Treibhausgasemissionen und globaler Erwärmung werden vom IPCC als wissenschaftlicher Konsens angesehen. Für ihn liegt es am fehlenden Willen, das, was man weiß, glauben zu wollen. Sloterdijk bezeichnet solche Personen als «Zukunftsatheisten». Dieser Personenkreis mag dann auch der sein, der besonders empfänglich für die Berichterstattung mancher Zeitungen ist, die Klimawandel als «neue Religion» bezeichnen, um den Klimawandelanhängern einen irrationalen Touch zu geben.

Neben der Diffamierung des Klimawandels als religiöse Glaubensfrage ist auch auf die Verwendung religiöser, namentlich apokalyptischer Motive in der massenmedialen Darstellung des Themas hingewiesen worden. In manchen Ländern wird zum Teil mithilfe der Nutzung religiöser Weltansichten – wie in den USA –, eine Polarisierung der Politik erreicht, die wiederum die internationale Einigung auf ambitionierte Klimaziele erschwert. Es scheint, dass sich die Krise in der Klimapolitik, die sich besonders im Scheitern der Konferenz in Kopenhagen manifestiert, noch erweitert hat und man fast von einer «Krise der Zukunft»<sup>22</sup> sprechen kann.

Inwieweit glaubensgestützte NGOs im internationalen Klimaverhandlungsprozess eine Rolle spielen bzw. spielen können, soll im zweiten Teil des Beitrags anhand von quantitativen wie auch qualitativen Ansätzen näher

22 Vgl. dazu die Ausführungen im Beitrag von Harald Matern in diesem Band.

untersucht werden. Denn nicht nur religiöse Werte werden auf den Klimaverhandlungen häufig implizit verhandelt, sondern auch explizit religiöse Organisationen spielen dort eine politische Rolle.

## Teil II: Partizipation von gNGOs an Klimaverhandlungen

### 5. Hintergrundinformationen

#### 5.1 Methodisches Vorgehen

Im Folgenden werden quantitative Datenanalysen mit qualitativen Informationen aus Interviews kombiniert, um ein möglichst detailliertes Verständnis von der Partizipation der gNGOs an Klimaverhandlungen zu gewinnen. Der erste Abschnitt der Analyse basiert neben einer Sekundärliteratúrauswertung vor allem auf den quantitativen Ergebnissen, die anhand von Teilnehmerlisten und Programmen der Nebenveranstaltungen und Ausstellungen der Klimaverhandlungen gewonnen wurden.<sup>23</sup> Dabei wurde mit der längsten Teilnehmerliste einer COP vor 2015 begonnen, derjenigen der COP in Kopenhagen (2009), bei der jede einzelne aufgeführte Organisation entweder als gNGO oder andere NGO klassifiziert wurde. Anhand der dort als gNGOs klassifizierten Gruppen wurden die Teilnehmerlisten der anderen 20 COPs elektronisch durchsucht. Dabei wurden weitere Suchwörter angewendet (z. B. *religious, christian, islam, muslim, hindu, dharm, jew, buddhist, spiritual, church, faith, ecumenic, holy*), um Organisationen und Individuen mit religiösem Bezug, die nicht in Kopenhagen dabei waren (z. B. Abgesandte von Kirchen u. Ä.) zu finden. Schliesslich wurde auf jeder der COP-Teilnehmerlisten auch nach bekannten Organisationen wie z. B. *World Vision* gesucht, die noch auf keiner Liste gefunden worden waren und auch nicht anhand der Suchwörter entdeckt werden können. Anhand der so erstellten Listen wurde eine tabellarische Auswertung nach Individuen, Organisation pro Klimakonferenz erstellt, um einen Überblick über die Anzahl der Teilnehmer der gNGOs im Zeitverlauf zu gewinnen. Dabei wurden die identifizierten Gruppen und Individuen Religionsgruppen zugeordnet. Neben den Teilnehmerlisten wurden auch die Programme der Nebenveranstaltungen und Ausstellungen der COPs bis einschliesslich Paris (2015) analysiert, um einen Überblick über die für

23 Die Teilnehmerlisten und Programme können heruntergeladen werden: <http://unfccc.int>, nach der Wahl des «meetings» unter «Documents».

gNGOs wichtigen Themen zu gewinnen. Anhand der zuvor in den Teilnehmerlisten identifizierten Gruppen oder Individuen wurden die Veranstaltungsprogramme durchsucht. Ausserdem wurden bestimmte Suchworte (religious, church, faith, christian, islam, muslim, buddhist, spirit, jewish, ecumenic, holy) geprüft. So konnte eine Liste mit Themen erstellt werden, die entweder von Veranstaltungen stammen, an denen gNGOs partizipierten, oder die einen religiösen oder ethischen Bezug aufwiesen.

Der zweite Teil der Analyse basiert vor allem auf qualitativen Interviews,<sup>24</sup> die als Experteninterviews nach Misoch (2015) durchgeführt wurden. Darüber hinaus wurde ergänzend auf andere Informationsquellen auf der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 zurückgegriffen wie z. B. eine Interfaith-Coalition-Presskonferenz bzw. Interfaith-Coalition-Meetings oder weitere Datenquellen. Für bestimmte gNGOs wie den Weltkirchenrat und World Vision lag zudem Sekundärliteratur vor, die in die Fallstudien eingeflossen ist.

Für die Experteninterviews wurden die Interviewpartner anhand der erstellten Teilnehmerlisten der gNGOs im Vorfeld ausgewählt und kontaktiert. Für die Auswahl der Fallbeispiele und Interviewpartner spielte zum einen die Häufigkeit einer COP-Teilnahme der jeweiligen Person eine Rolle, um möglichst Ansprechpartner mit grosser Konferenzerfahrung zu gewinnen. Zum anderen wurde versucht, ein möglichst breites Spektrum an Organisationen und Glaubensrichtungen abzudecken, weshalb auch Vertreter von Gruppierungen interviewt wurden, die erst seit kurzem akkreditiert worden sind und noch kaum COP-Erfahrung aufweisen. Zum Teil wurden auch Kontakte vor Ort geknüpft, z. B. durch die Teilnahme an Presskonferenzen der gNGOs oder auf Vorschlag von Interviewten.

Die strukturierten qualitativen Interviews basierten auf folgenden Leitfragen:

- 1) Wie versuchen Sie / Ihre Organisation die Klimaverhandlungsdebatte zu beeinflussen?
- 2) Was wollen Sie / Ihre Organisation an den UN-Klimaverhandlungen erreichen?
- 3) Welche Themen sind für Sie / Ihre Organisation am wichtigsten?

Die Interviews wurden meist auf Englisch, direkt vor Ort auf der Klimakonferenz in Paris, vom 30. November bis 4. Dezember 2015 von der Autorin persönlich im Konferenzzentrum durchgeführt. Ein Interview konnte aus

<sup>24</sup> Vgl. die Liste nach dem Literaturverzeichnis.



zeitlichen Gründen erst später per Skype geführt werden. Die Interviews verliefen meist dialogorientiert mit häufigem Nachfragen. Die Interviewerin wurde dabei als Expertin der Klimapolitik wahrgenommen (vgl. Misoch 2015), da durch die langjährige Teilnahme an den Klimaverhandlungen sowohl als Delegationsmitglied als auch als NGO-Vertreterin das entsprechende Fachwissen und die Fachterminologien bekannt waren. Die Antworten wurden selektiv transkribiert und zum Teil nach Organisation oder thematisch ausgewertet.

Folgende Restriktionen bei der Analyse der Teilnehmerdaten sind aufgetreten, die die Ergebnisse verzerren können. Beispielsweise konnte in Paris festgestellt werden, dass einige glaubensbasierte Gruppierungen noch nicht bei UNFCCC akkreditiert waren (z. B. Islamic Relief Worldwide) und daher über andere Organisationen an den Klimaverhandlungen teilnahmen. Somit können durchaus gNGOs vertreten sein, die mit der angewandten Analyse-methode nicht identifiziert werden konnten. Um diese Einschränkungen möglichst gering zu halten, sind Teilnehmer wie z. B. *Islamic Relief Worldwide*, die nicht selbst akkreditiert waren, aber sich an den Interfaith-Coalition-Treffen beteiligten, ebenfalls interviewt worden.

### 5.2 Teilnehmer an internationalen Klimakonferenzen

An den Klimakonferenzen nehmen Regierungsvertreter als offizielle Delegierte einzelner Staaten teil. Die Delegationen der Staaten treten dabei nicht nur als einzelne nationale Akteure auf, sondern schliessen sich oft auch in Interessengruppen zusammen, die gemeinsame Positionen in den Verhandlungen vertreten, um diesen ein höheres Gewicht zu verleihen. Zum Beispiel haben sich die kleinen Inselstaaten zur Gruppe *Alliance of Small Island States* (AOSIS) vereinigt oder die Europäische Union tritt als Staatengemeinschaft auf. Neben den offiziellen Delegierten, den Regierungsvertretern, nehmen an den Klimaverhandlungen vor allem auch Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organisations, NGOs) und Zwischenstaatliche Organisationen (Intergovernmental Organisations, IGOs) teil. Erstere werden auch als Non-State Actors bezeichnet und spiegeln die verschiedenen Gruppierungen der globalen Zivilgesellschaft und des privaten Sektors wider. Um an den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen teilnehmen zu können, müssen NGOs – nach dem gängigen Verfahren für die Teilnahme an allen Verhandlungen der Vereinten Nationen – ein Akkreditierungsverfahren durchlaufen. Dieses wurde in den letzten Jahren immer langwieriger und formalistischer, um die Zahl der akkreditierten NGOs zu reduzieren. Bei diesem Verfahren müssen NGOs ihre Gemeinnützigkeit belegen und darstellen,

welche Aktivitäten sie in Bezug auf die Klimaverhandlungen vorweisen können. Muñoz Cabré (2011) hat die Entwicklung der Akkreditierung neuer Interessengruppierungen für die UN-Klimaverhandlungen bis ins Jahr 2009 analysiert (siehe Tabelle 1). Dabei zeigt sich eine starke Dominanz von NGOs aus den Bereich Umwelt, Forschung, Energie und Wirtschaft. Diese stellen fast die Hälfte aller akkreditierten Interessengruppierungen dar und waren bereits seit Beginn der Klimaverhandlungen im Jahr 1995 sehr stark vertreten.

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2001*	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	TOTAL
environment & conservation	27	10	17	13	3	17	5	1	9	6	4	20	6	7	14	37	196 (15%)
university	24	1	8	5	8	10	3	1	1	5	7	8	4	8	6	49	148 (11%)
energy	25	8	17	8	7	11	3	4	2	3	7	9	3	7	7	20	141 (11%)
business & industry	20	8	6	5	1	8	1	1	7	9	2	14	3	4	15	15	119 (9%)
other / unknown	13	2	8	5	2	9	1	2	4	6	2	8		3	7	29	101 (8%)
sustainable development	8	2	8	6	1	3		2	1	9	2	3		7	6	24	82 (6%)
think tanks	11	1	5	7	6	7	2	1		4	3	2	1	3	8	18	79 (6%)
climate change	14	1	2	3				1	2	3	6	3	2	6	4	11	58 (4%)
forests	4			3	2	2	2	1	1	3	3	2	3	6	4	13	49 (4%)
food, soils & agriculture	1			1	2	3			3		2	2	1	3	3	21	42 (3%)
science & engineering	7		5	1	1	3	1	1		1	1	5	1	2	3	6	38 (3%)
development	3			2	1	2	1	1			2	3	1	5	5	11	37 (3%)
rights & justice	3		1	1			1	1		1		2		3	4	18	35 (3%)
youth & children	1	1		1	1	2	1				2	5		1	4	15	34 (3%)
transport	3		2	3	1	3	1	1				4		2	2	7	29 (2%)
legal practice	1		3	1		3			1	4		2		2	3	5	25 (2%)
religious / spiritual	4	1	1							1			1	1	3	13	25 (2%)
water, oceans & fisheries	1			1					1		2	3	1	1	2	7	19 (1%)
Indigenous peoples						2			2		3	3	1	3	1	4	19 (1%)
education / capacity building		3						1		1				3	1	7	16 (1%)
women		3									3	1			1	8	16 (1%)
built environment		1		2							1	1			2	7	14 (1%)
TOTAL	177	35	85	66	36	85	22	19	34	59	49	100	28	77	105	345	1,322

\*COP6bis was held in early 2001 and Cop 7 in late 2001.

Tabelle 1: Entwicklung der offiziell akkreditierten Interessengruppen. Quelle: Muñoz Cabré 2011.

Vertreter anderer Gruppierungen wie Jugendverbände, indigene Völker, Frauenrechtsvertreter usw. sind erst im Laufe der Zeit akkreditiert worden und bilden nach Reder/Wallacher (2011) eine «globale Zivilgesellschaft». Sie weisen speziell im Jahr 2009, für die Klimakonferenz in Kopenhagen, eine starke Zunahme auf. Laut Reder/Wallacher (2011) verfolgen Vertreter der globalen Zivilgesellschaft im Gegensatz zu Unternehmens- und Wirtschaftsverbandsvertretern eher ethisch-normative Ziele. Die Gruppe umfasst jedoch sehr unterschiedliche Akteure, die in ihren Organisationsformen und Arbeitsmethoden stark variieren. Da sie häufig in Krisen eine wichtige Rolle spielen und eine Art «Weltgewissen» darstellen (Bernstorff 2009, zit. in Reder/Wallacher 2011, 22), ist es aufgrund der Krise in den Klimaverhandlungen nicht verwunderlich, dass ihre Anzahl und Aktionen speziell an der Konferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 stark zugenommen haben (dort wollten sie durch ihre Teilnahme den politischen Druck für eine Einigung erhöhen) und nach dem Scheitern auf höherem Niveau verblieben (siehe Abb. 10, eigene Analyse zu gNGOs).

Laut Hjerpe/Buhr (2014) stellen NGOs für die Klimaverhandlungen eine Art demokratische Legitimierung dar. In Lima (COP 20, 2014) wurde die sogenannte Non-State Actor Zone for Climate Action (NAZCA) geschaffen, eine Plattform, auf der Städte, Regionen, Unternehmen und Investoren ihre Minderungsmaßnahmen registrieren können. Durch die Lima-Paris Action Agenda wurde anschliessend versucht, die Aktivitäten von Non-State Actors stärker zu würdigen, um ein Momentum für die Klimaverhandlungen in Paris zu schaffen.

Die wichtige Rolle der NGOs bei den internationalen Klimaverhandlungen wird auch darin deutlich, dass in vielen Jahren die Anzahl der Vertreter von NGOs die Anzahl der staatlichen Delegierten überstieg (siehe Abb. 7). Den bisherigen Höhepunkt erreichten die NGO-Vertreter mit mehr als 12 000 Teilnehmern 2009 auf der COP 15 in Kopenhagen trotz Kontingentierung. Für die weiteren Klimaverhandlungen wurden die Zugangsbedingungen für NGOs weiter verschärft. Die Teilnahme wurde durch strengere Kontingente pro Organisation beschränkt. Nachdem in Paris also jede akkreditierte NGO eine geringere Anzahl von Delegierten senden konnte, übertraf auf dieser Konferenz die Anzahl der staatlichen Delegierten bei weitem die Anzahl der NGOs. Diese Änderung hat jedoch auch dazu geführt, dass mehr Organisationen eine eigene Akkreditierung beantragen bzw. NGO-Vertreter verstärkt versuchen, Mitglied einer offiziellen Landesdelegation zu werden. Auch hat die Anzahl der Aktivisten zugenommen, die ausserhalb der offi-

ziellen Klimaverhandlungen, z. B. an Demonstrationen oder anderen Programmen, teilnehmen und das sogenannte «outside team» bilden. Diese Entwicklungen wirken sich meist negativ auf die Aussagekraft des Indikators für den Vergleich des Ressourceneinsatzes von Interessenverbänden an den Klimaverhandlungen aus, der auf Basis der Anzahl aufgeführter NGO-Teilnehmer in den offiziellen COP-Teilnehmerlisten gebildet wurde. Für die Anzahl der Outside-Teilnehmer liegen keine offiziellen Schätzungen vor, so dass die Anzahl der in Paris anwesenden Interessenvertreter einer NGO nicht genau quantifiziert werden kann. Durch die vorangegangenen Terroranschläge wurden zudem alle geplanten Demonstrationen abgesagt und die Visavergabe restriktiver gehandhabt, was sich auch negativ auf die Anzahl der Teilnehmer ausgewirkt haben wird. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Anzahl der NGO-Teilnehmer an den COPs ab 2009 eher eine Untergrenze für die Aktivitäten von NGOs wiedergibt.

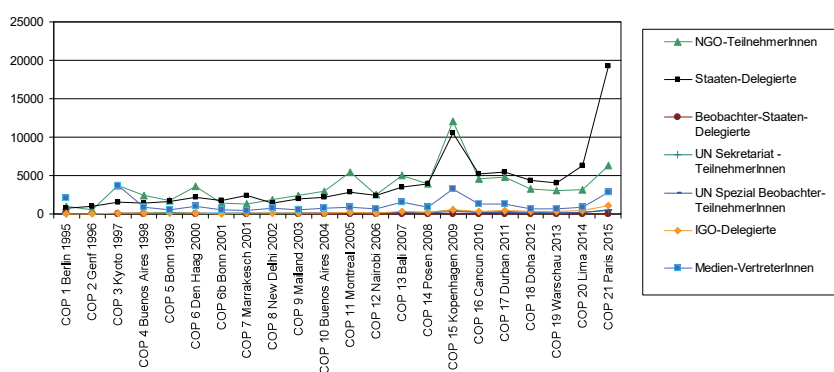


Abbildung 7: Anzahl der Teilnehmer/-innen (Personen) an den Klimaverhandlungen 1995–2015. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Teilnehmerverzeichnisse COP 1–21.

Um ihren Einfluss an den Klimaverhandlungen zu erhöhen (z. B. durch Räumlichkeiten und Mitteilungen im offiziellen Programm), schliessen sich interessennahe NGOs – ähnlich wie Staaten – zu «Hauptgruppen» («constituencies») zusammen (Kerber 2014, 286). Die folgenden Hauptgruppen haben sich mit der Zeit bei der UNFCCC etabliert, wobei übereinstimmend mit der Analyse von Muñoz Cabré (2011) die meisten Gruppierungen, die sich

der globalen Zivilgesellschaft zuordnen lassen, erst relativ spät einen Hauptgruppenstatus bekommen haben:<sup>25</sup>

- 1) Business and industry non-governmental organizations (BINGO) (seit Anfang der Verhandlungen)
- 2) Environmental non-governmental organizations (ENGO) (seit Anfang der Verhandlungen)
- 3) Local government and municipal authorities (LGMA) (COP 1)
- 4) Indigenous peoples organizations (IPO) (COP 7)
- 5) Research and independent non-governmental organizations (RINGO) (COP 9)
- 6) Trade Unions non-governmental organizations (TUNGO) (COP 14),
- 7) Farmers (COP 17)
- 8) Women and Gender (COP 17)
- 9) Youth non-governmental organizations (YOUNGO) (COP 17)

5.2.1 Definition «glaubensgestützte Nichtregierungsorganisation» (gNGO)  
 In dieser Arbeit wird der Begriff «glaubensgestützte Nichtregierungsorganisation» (gNGO) verwendet. Er ist etwas weiter gefasst als zum Beispiel «religiöse Gruppierung». NGOs werden definiert als «formal (professionalized) independent societal organizations whose primary aim is to promote common goals at the national or the international level» (Martens 2002, 218). Wichtig ist dabei, dass es sich nicht um staatliche Institutionen handelt und sie sowohl national als auch international organisiert sein können. Religiöse NGOs (RNGOs) sind laut Berger (2003, 14)

«characterized by missions rooted in religious and spiritual beliefs which rely on a variety of processes by means of which to reach their goals. Processes such as network building, advocacy, monitoring, and information provision (propaganda) are common to most NGOs while others including spiritual guidance, prayer, and modeling are a unique feature of RNGO operations.»

Die Ausführungen bei Haynes (2014) zur Definition von gNGOs und zur Abgrenzung zu religiösen Nichtregierungsorganisationen zeigen, dass diese Begriffswahl den Vorteil hat, auch nichtmonotheistische Religionen einzuschliessen. Auch spirituelle Gruppierungen werden in diesem Beitrag darunter gefasst. So nimmt an den internationalen Klimaverhandlungen z. B. eine

25 Vgl. [https://unfccc.int/files/parties\\_and\\_observers/ngo/application/pdf/constituency\\_2011\\_english.pdf](https://unfccc.int/files/parties_and_observers/ngo/application/pdf/constituency_2011_english.pdf) (22.8.2015).

Gruppe Brahma Kumaris teil, die sich nicht als Religion verstehen, sondern als spirituelle Gemeinschaft. Da sie sich sehr aktiv an den Interfaith-Coalition-Treffen auf den COPs engagiert, ist es wichtig, dass die Begriffswahl sie miteinschliesst.

Für die Unterteilung der aktiven gNGOs an den Klimaverhandlungen bietet sich die Typologie nach Clarke (2006) an. Er unterscheidet:

- 1) Glaubensgestützte Repräsentationsorganisationen: Sie verfassen die Doktrin und repräsentieren die Gläubigen bei ihrer Einflussnahme auf staatliche und andere Akteure.
- 2) Glaubensgestützte Hilfs- und Entwicklungshilfeorganisationen: Sie mobilisieren Gläubige, sich für die Armen und andere soziale Gruppen einzusetzen, und organisieren Programme zur Armutsbekämpfung und gegen soziale Diskriminierung.
- 3) Glaubensgestützte sozialpolitische Organisationen: Sie interpretieren und verbreiten den Glauben als politische Vision, um soziale Gruppen auf Basis ihrer Glaubensidentität für andere politische Ziele zu mobilisieren, bzw. um getrennte soziale Gruppen auf Basis ihres gemeinsamen kulturellen Glaubens zu vereinen.
- 4) Glaubensgestützte missionarische Organisationen: Sie verbreiten wichtige Glaubensbotschaften ausserhalb der Reihen der Angehörigen ihres eigenen Glaubens, um zu missionieren oder sich mit anderen Glaubensgemeinschaften über Schlüsselprinzipien des Glaubens auszutauschen.
- 5) Glaubensgestützte radikale, illegale oder terroristische Organisationen: Sie verbreiten radikale oder militante Interpretationen der Glaubensidentität und rufen zu illegalen Aktivitäten auf, zum Beispiel zu bewaffneten Aktionen, die sie mit ihrem Glauben rechtfertigen.

### 5.2.2 Teilnahme von gNGOs an den Klimaverhandlungen

An den Klimaverhandlungen nehmen vor allem gNGOs der ersten vier Typen teil, wobei glaubensgestützte sozialpolitische Organisationen meist ausserhalb des offiziellen Konferenzgeländes auf den Strassen aktiv sind und daher in diesem Beitrag nicht betrachtet werden. Wie Abbildung 8 zeigt, sind vor allem glaubensbasierte Repräsentationsorganisationen wie der World Council of Churches stark vertreten. Auch christliche Entwicklungshilfeorganisationen wie Christian Aid, Brot für die Welt oder Caritas Internationalis nehmen mit grösseren Delegationen an den Klimakonferenzen teil. Missionarische Organisationen wie die Franziskaner oder die Maryknoll Brothers and Sisters sind auch relativ stark repräsentiert. Einige wenige spirituelle

Gruppen wie die Brahma Kumaris nehmen wie erwähnt ebenfalls teil. Die Grafik zeigt sehr deutlich, dass die christlichen gNGOs dominieren. Buddhistische oder jüdische gNGOs nehmen nur vereinzelt teil und Teilnehmer muslimischer gNGOs lassen sich im Teilnehmerverzeichnis überhaupt nicht finden.

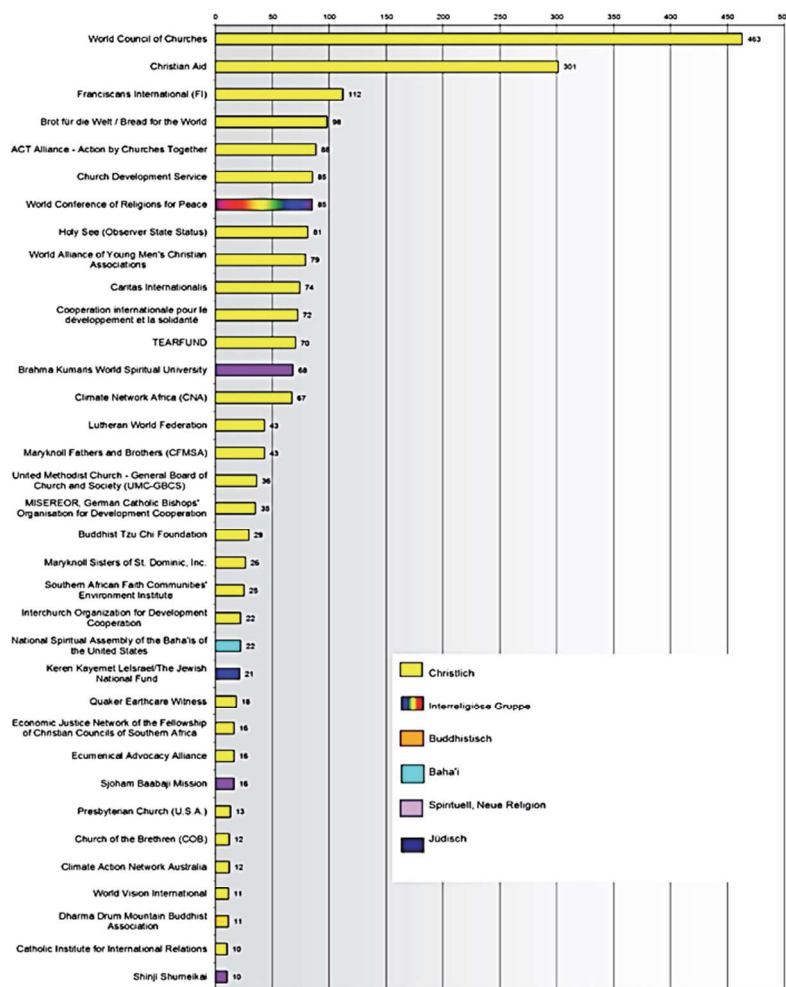


Abbildung 8: Glaubensgestützte NGOs nach Teilnehmerzahl COP 1–21. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Teilnehmerverzeichnisse COP 1–21. Bemerkung: Es sind nur gNGOs mit ≥10 Teilnehmern/Teilnehmerinnen berücksichtigt.

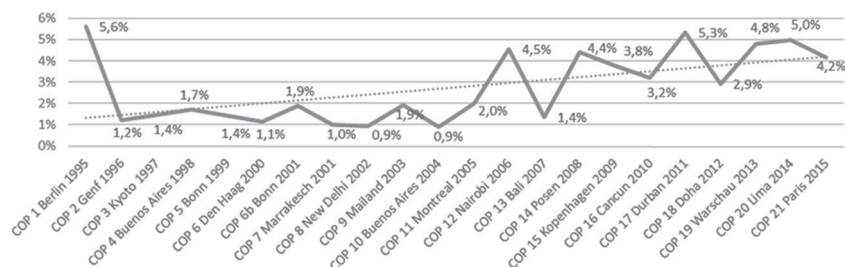


Abbildung 9: Anteil der gNGO-Vertreter/-innen am Gesamt der NGO-Teilnehmer/-innen und Entwicklung (punktierter Trendlinie). Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Teilnehmerverzeichnisse COP 1–21.

Eine Analyse der gNGO-Teilnehmer/-innen im Zeitverlauf (Abb. 9) zeigt, dass – mit Ausnahme der allerersten Klimakonferenz – die Anzahl der gNGO-Vertreter/-innen über die Zeit stetig angewachsen ist und sie in den COPs seit Posen 2008 einen Anteil von 3 bis 5 % aller NGO-Teilnehmer/-innen ausmachten.

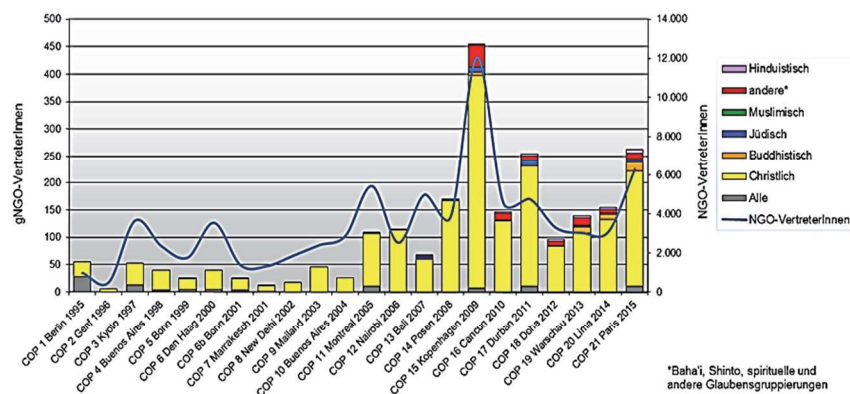


Abbildung 10: Anzahl gNGO-Teilnehmer/-innen COP 1–21 nach Glaubensgruppierung. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Teilnehmerverzeichnisse COP 1–21.

Wie Abbildung 10 zeigt, waren an den ersten COPs vor allem der Weltkirchenrat und christliche Entwicklungshilfe- und Katastrophenhilfsorganisationen aktiv. An der Klimakonferenz in Kopenhagen konnte mit 450 Vertretern von gNGOs die bislang höchste Teilnehmerzahl verzeichnet werden.



Da an dieser Konferenz ca. 12 049 NGO-Vertreter/-innen teilnahmen, machten die gNGO-Vertreter/-innen aber nur ca. 3,8 % aller akkreditierten NGO-Vertreter/-innen aus (siehe Abb. 9). Es zeigt sich, dass die Teilnehmer/-innen überwiegend von christlichen gNGOs stammen. Dies scheint weitgehend unabhängig vom Ort, an dem die Klimakonferenz stattfindet, zu sein (siehe Abb. 10). Dies mag damit zu erklären sein, dass christliche Denominationen weltweit hierarchischer organisiert sind im Vergleich zu anderen Religionen wie zum Beispiel dem Islam und Hinduismus und daher gezielter sich akkreditierten und ihre Teilnahme koordinieren können (Veldman u. a. 2012). Schliesslich kann man auch geltend machen, dass sie über mehr Ressourcen verfügen, da viele ihrer Anhänger aus entwickelten Ländern stammen und zum Teil auch einen sprachlichen Vorteil geniessen (Veldman u. a. 2012). Wie stark eine religiöse Gruppierung an den Klimaverhandlungen vertreten ist, kann zudem von der grundsätzlichen Haltung des Landes gegenüber den Vereinten Nationen abhängen. So lässt sich vielleicht durch die noch bis vor kurzem eher zurückhaltende Position Chinas gegenüber den UN erklären, warum chinesische Volksreligionen eher weniger an den UN-Klimaverhandlungen vertreten sind. Erst in den letzten Jahren versucht China, seine globalen Interessen mithilfe der UN durchzusetzen, was höhere Beitragszahlungen und aktive Stellungnahmen zeigen (The Economist 2015).<sup>26</sup>

Seit der COP in Kopenhagen sind vermehrt auch andere Religionen vertreten wie die buddhistische Katastrophenhilfe (Buddhist Tzu Chi Foundation) oder auch Brahma Kumaris. Auffällig ist, dass muslimische gNGOs im Vergleich zu ihrer Anhängerzahl (zweitgrösste Glaubensgemeinschaft weltweit nach den Christen) stark unterrepräsentiert sind. Ihre geringe Beteiligung kann zum einem damit erklärt werden, dass sie weniger zentral organisiert sind und Nichtregierungsorganisationen im Islam grundsätzlich weniger üblich sind. Des Weiteren könnte ein Grund dafür sein, dass die muslimischen Glaubensgruppierungen ihre Position bereits durch die islamischen Regierungen beziehungsweise durch die Organisation of Islamic Cooperation (OIC) vertreten sehen, die 57 Länder umfasst.

Verwunderlich ist, dass gNGOs trotz ihrer steigenden Teilnehmerzahl bisher keinen Hauptgruppenstatus beantragt haben, sondern sich eher als informelles Netzwerk (Interfaith Liaison Committee) am Rand der Klimaverhandlungen organisieren (Glaab u. a. 2019). Somit haben sie nicht die Vorteile einer Hauptgruppe, die z. B. darin bestehen, über ein eigenes Büro bei

<sup>26</sup> Xi and the blue helmets, The Economist, Oct 1, 2015.

den Verhandlungen zu verfügen oder offizielle Redebeiträge an den Eröffnungs- und Schlussitzungen der COPs abgeben zu dürfen. Aus den Interviews wurde deutlich, dass die Gründe für die Zurückhaltung der gNGOs, eine Hauptgruppe zu gründen, zum einem in dem sehr langwierigen Verfahren zu suchen sind. Laut Aussagen eines Vertreters wäre ein Antrag auf UN-Ebene nötig, der die Zustimmung aller Länder erhalten müsste. Zum anderen unterstützen nicht alle gNGOs eine solche Gründung, da sie befürchten, dass die Zivilgesellschaft sonst in einen religiösen und einen nichtreligiösen Teil gespalten würde und Vertreter sich zwischen den Zugehörigkeiten entscheiden müssten. Die empirischen Untersuchungen von Nita (2014) in Grossbritannien zeigen, dass sich Identitätskonflikte bei Personen feststellen lassen, die sich sowohl als Umweltaktivisten als auch als Zugehörige einer bestimmten Religion verstehen. Dies erklärt sie z. B. damit, dass in bestimmten Umweltorganisationen eine gleichzeitige Mitgliedschaft in unterschiedlichen Religionsgemeinschaften als Gefahr gesehen wird, die Gruppeneinheit zu zerstören. Dies führt dazu, dass in manchen Umweltorganisationen kein offener Umgang mit religiösen Identitäten praktiziert wird. Keinen eigenen Hauptgruppenstatus zu besitzen, gibt gNGO-Mitgliedern ausserdem die Freiheit, sich in andere Hauptgruppen, z. B. Umwelt-NGOs, einzubringen. Nach den empirischen Untersuchungen von Lysack (2014) wird dies in Kanada von einigen gNGOs bereits aktiv genutzt. So sind sowohl die Vereinigte Kirche von Kanada als auch muslimische Organisationen und die Bahai Mitglieder im kanadischen Zweig des Climate Action Network. Andere gNGOs wie die Brahma Kumaris sind zum Beispiel sehr aktiv bei den RINGO.

## **6. Politische Einflussnahme an internationalen Klimaverhandlungen**

### *6.1 Methoden der Einflussnahme*

Die Einflussnahme der NGOs auf die internationalen Klimaverhandlungen ist sehr vielfältig. Die Verhandlungen der COPs, SBI/SBSTAs und COP/MoPs finden auf verschiedenen Ebenen statt: Neben den Plenarsitzungen, bei denen alle Vertragsparteien wie auch Institutionen wie der Vatikan und der Weltkirchenrat mit Beobachterstatus einen Platz innehaben, finden Sitzungen statt, bei denen NGOs ausgeschlossen sind. Es gibt auch informelle Sitzungen (von sogenannten Friends of the Chair), die nur einige wenige Delegierte aus Schlüsselregionen umfassen und meist gegen Ende einer Verhandlungsrunde zur Beschleunigung des Einigungsprozesses ange-setzt werden. Das Recht, offizielle Ansprachen bei den Verhandlungen zu

halten, kommt, wie gesagt, nur den ausgewiesenen Hauptgruppen zu oder den Institutionen mit Beobachterstatus.

Die Möglichkeiten als NGOs, auf die Klimaverhandlungen Einfluss zu nehmen, werden laut Betsill/Corell (2001) von folgenden drei Faktoren bestimmt: zunächst von den geltenden Teilnahmebedingungen für NGOs, dann von ihrem Ressourceneinsatz und schliesslich von ihren Aktivitäten dort. Da die Untersuchung der ersten beiden Faktoren bereits durch die Analyse der Teilnehmerzahlen abgedeckt ist, sollen hier die Aktivitäten der NGOs näher dargestellt werden. Reder/Wallacher (2011, 21f.) unterscheiden folgende drei Arten von Aktivitäten von NGOs, die darauf abzielen, an internationalen Klimaverhandlungen Einfluss auszuüben:

- 1) Sie versuchen, durch direkte Lobbyarbeit und mit ihrem Wissen über die Verhandlungen und den konkreten Verhandlungstext die Regierungsvertreter und staatlichen Delegierten von ihren Positionen zu überzeugen. Dabei spielen informelle Beziehungen zu Delegierten, Präsenz in den Korridoren sowie telefonische Kontaktaufnahme mit Delegierten eine wichtige Rolle. Detailwissen über den Verhandlungstext und den Prozess ist dabei von grosser Wichtigkeit, da die internationalen Klimaverhandlungen wie in Abschnitt 1.2 und 1.3 beschrieben sehr komplex sind und somit speziell kleine Delegationen gerne auf das Wissen von NGOs zurückgreifen, da sie es sich nicht leisten können, alle Bereiche selbst mitzuverfolgen (Betsill/Corell 2001, 74). Durch die Vielzahl von parallelen Verhandlungsthemen ist es auch nicht unüblich, seine Delegation mit NGO-Vertretern aufzustocken. Das bedeutet, dass NGO-Vertreter einen offiziellen Delegationsausweis erhalten, der in der Regel eine andere Farbe hat und seinem Besitzer Zugang zu Verhandlungen ermöglicht, die gewöhnlich unter Ausschluss von NGOs stattfinden. Inwieweit diese Mitglieder dann Verhandlungsbefugnis haben, variiert von Delegation zu Delegation. Wie von Bodansky (2001) beschrieben, traten z. B. Mitglieder der englischen Anwaltsgruppe Foundation for International Environmental Law and Development (FIELD) sehr früh in den Verhandlungen als offizielle Delegierte der AOSIS-Gruppe auf. Um auch bei Verhandlungssitzungen, bei denen die NGOs ausgeschlossen sind – dies sind häufig kleine Kontaktgruppen zu spezifischen Themen –, an Informationen zu gelangen, die sie für ihre Lobbyarbeit benötigen, haben sich bestimmte Strategien bewährt. Diese bewegen sich zum Teil in rechtlichen Grenzbereichen, wenn etwa Papierkörbe in den Sitzungsräumen durchsucht oder

- Kopiergeräte nach geheimen Dokumenten abgesucht werden (Betsill/Corell 2001, 70).
- 2) NGOs bringen ihre Themen und Interessen durch die Organisation von Nebenveranstaltungen oder Ausstellungen ein, um so die Verhandlungen zu beeinflussen (viele NGOs verfügen über umfangreiches Wissen in Bereichen staatlicher Aufgaben wie Entwicklungs-, Bildungs- oder Umweltzusammenarbeit). Die Plätze für diese Veranstaltungen oder Ausstellungen sind meist sehr begehrt, sodass ein grosser Wettbewerb herrscht und nicht immer alle Anträge erfolgreich sind.
  - 3) Sie versuchen, durch Medienarbeit (z. B. Pressekonferenzen, Blogs, Newsletter wie *Earth Bulletin, eco*) ihre Positionen zu verbreiten, d. h. die Weltöffentlichkeit über ihre Beurteilung der Klimaverhandlungen zu informieren und Einfluss auszuüben.

#### 6.2 Thematische Einflussnahme von gNGOs

Wie die Teilnehmeranalyse der gNGOs gezeigt hat, ist vor allem der Weltkirchenrat von Anfang an bei den Klimaverhandlungen mit Beobachterstatus präsent und nutzt diesen etwa auch, um eine Rede während des «High-level ministerial segment» zu halten. Laut der Analyse von Kerber (2014) waren es vor allem Gerechtigkeitsthemen und Themen mit ethischem Bezug, die der Weltkirchenrat adressierte. Auch die Kooperation zwischen den verschiedenen Glaubensgruppierungen (Interfaith Coalition) nahm mit der Zeit zu. Zum Beispiel wurden 2005 und 2009 Interfaith-Bekanntmachungen und -Deklarationen an den Klimaverhandlungen abgegeben (Kerber 2014) und 2015 eine gemeinsame Pressekonferenz abgehalten.

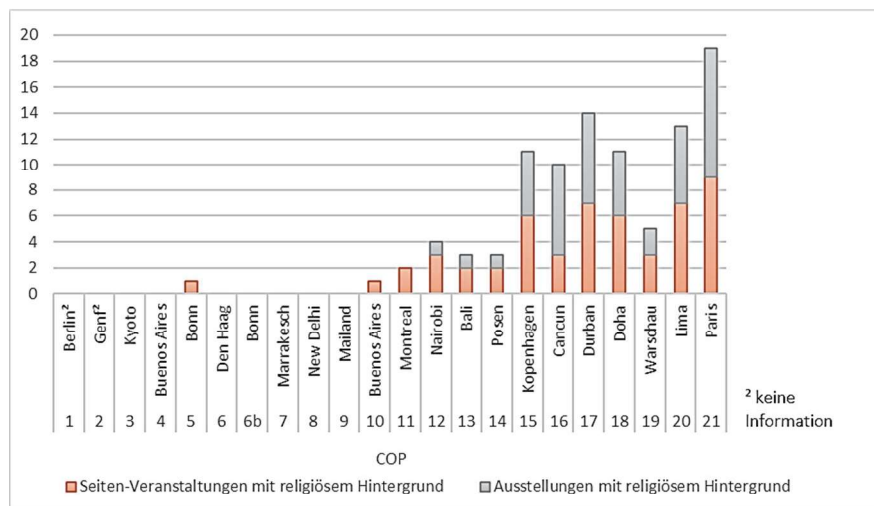


Abbildung 11: Entwicklung der Nebenveranstaltungen und Ausstellungen mit religiösem Hintergrund. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der UNFCCC-Programme.

Laut Hjerpe/Buhr (2014, 102ff.) lässt sich durch die Analyse der Nebenveranstaltungen und Ausstellungslisten an den COPs Einblick in die Themen gewinnen, die bestimmte NGOs bei den Klimaverhandlungen zu beeinflussen versuchten. Abbildung 11 zeigt die Entwicklung der Beiträge bei den Klimakonferenzen mit gNGO-Beteiligung bzw. mit thematischem Bezug auf, gegliedert nach Nebenveranstaltungen und Ausstellungen. Anfangs waren Ausstellungen eher unüblich und nur vereinzelt traten gNGOs in Nebenveranstaltungen auf. Erst seit der Klimakonferenz in Buenos Aires 2004 (COP 10) scheint sich eine Regelmässigkeit zu entwickeln, wobei sie sich seit 2009 (COP 15 in Kopenhagen) auf einem höheren Niveau eingependelt hat mit 3–9 Veranstaltungen und max. 10 Ständen pro COP.

Um die Themen besser darstellen und zeitlich analysieren zu können, sind die Nebenveranstaltungen/Ausstellungen in der folgenden Abbildung 12 grob nach Themenschwerpunkten geordnet:

- Development: entwicklungspolitische Fragen, Beispiele aus verschiedenen Entwicklungsländern
- Stewardship: die Erde in der Gesamtverantwortung der Menschheit – Bewusstsein für Vergänglichkeit/Zerstörung
- Justice: Gerechtigkeitsfragen, Verteilungsfragen

Lifestyle: Fragen nach dem Lebensstil und Gesundheitsfragen, Tendenzen, den westlichen Lebensstil als globales Vorbild infrage zu stellen  
 Spiritual/indigenous: spirituelle Dimension der Klimaproblematik, Herangehensweisen, Bewusstsein, Fragen der indigenen Völker  
 Networking: Vernetzung religiös-spirituelle Teilnehmer/-innen

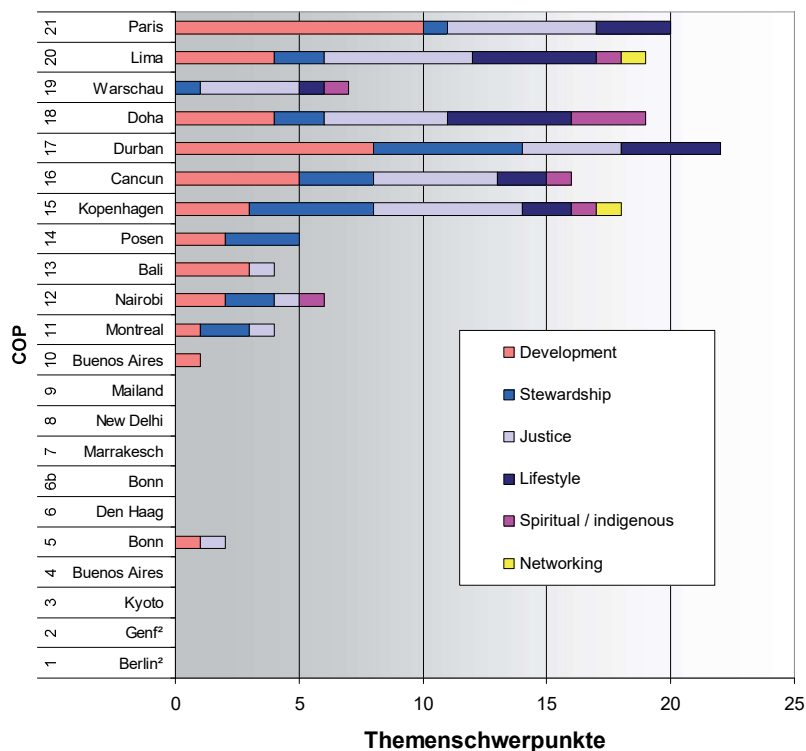


Abbildung 12: Nebenveranstaltungen und Ausstellungen von gNGOs nach Themengruppen. Bemerkung: Für Genf und Berlin liegen dazu keine Informationen vor. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von UNFCCC-Daten.

Wie aus Abbildung 12 ersichtlich, dominieren von Anfang an Entwicklungs- und Gerechtigkeitsfragen, wobei diese Themen bei der Auswertung der Programme sich nicht immer eindeutig trennen lassen, sondern häufig überlappen (d. h., eine Nebenveranstaltung kann beide Themen umfassen und somit doppelt klassifiziert sein). Die hohe Anzahl von Nebenveranstaltungen zu

diesen Themen lässt sich anhand der vorher dargestellten Dominanz christlicher gNGOs an den internationalen Klimaverhandlungen und der historischen Zusammenhänge erklären. Beim Weltkirchenrat war von Anfang an das Umweltthema mit Fragen der Gerechtigkeit und des Friedens gekoppelt. Laut Kerber (2014) wurden vom Weltkirchenrat, der sich schon seit den 1970er-Jahren mit Umweltthemen beschäftigte, diese in den 1980er-Jahren unter dem Titel «Justice, Peace and the Integrity of Creation» formal etabliert. Der starke Gerechtigkeits- und Entwicklungsbezug lässt sich nach Agliardo (2014) auch damit erklären, dass in der katholischen Kirche Umweltthemen mit Ressourcen- und Landverteilung in Entwicklungsländern zusammenhängen, bei denen die soziale Gerechtigkeit im Vordergrund stand. Daher wurde das Thema dann auch innerhalb der Soziallehre der katholischen Kirche in den USA verankert.

Die Lebensstil-Thematik kommt erst mit Kopenhagen auf die Agenda, bleibt aber akut. Dies ist vermutlich damit zu erklären, dass spirituelle Gruppen wie die Brahma Kumaris erst seit Kopenhagen akkreditiert sind. Auch die Supreme Master Ching Hai International Association verteilt seit Kopenhagen regelmässig veganes Essen auf den Klimakonferenzen, ist aber nicht offiziell akkreditiert, daher erfolgt ihr Einsatz vor den Konferenzgebäuden. Nach Auffassung von Agliardo (2014) unterscheiden sich die Kampagnen der religiösen NGOs von den säkularen Umwelt-NGOs im Hinblick auf die Transformation des Lebensstils vor allem dadurch, dass erstere diffuser sind. Sie beinhalten auch meditative Elemente oder Gebete, die auf die Schaffung eines Wir-Gefühls abzielen, das dann die Transformation des Lebensstils in einen «spirituellen» und «bewussteren», nicht nur einen umweltschonenderen unterstützen soll.

Auffällig ist, dass an der Konferenz in Warschau kein Entwicklungsthema in einer Nebenveranstaltung diskutiert wurde. Dies könnte mit dem Ort zusammenhängen, weil an Konferenzen, die in Entwicklungsländern stattfinden, das Thema stärker präsent ist.

Die hier dargestellten Ergebnisse stimmen mit denen von Hjerpe/Buhr (2011) überein, die in ihrer Analyse mit ihrer gröberen Kategorie «soziale Themen» (die die ethischen Themen mitumfasst) – neben den Themen zu Anpassung an den Klimawandel – die zweitstärkste Zunahme von COP 1 bis COP 17 ausweisen.

Ausser den Nebenveranstaltungen und Ausstellungen gab es weitere Aktivitäten der gNGOs ausserhalb der Klimaverhandlungen, die hier nur beispielhaft skizziert werden, da die aktuellen Deklarationen von religiösen Gruppierungen in Betz (2018) ausführlicher analysiert sind. Im Jahr 2001 wurden

15 Artikel zu Weltreligionen und Ökologie von Tucker/Grim (2001) im *Dädalus*-Journal veröffentlicht. 2009 rief der Dalai Lama zur Einsicht in die Dringlichkeit des Klimaschutzes auf. Ausserdem wurden Konferenzen abgehalten oder Klimaaktionspläne von religiösen Gruppen auf einem vom United Nations Development Program (UNDP) initiierten Treffen (2009 in Windsor Castle und 2012 in Nairobi) verabschiedet, welche Massnahmen von Forststandards bis hin zu ökologischem *Hajj* umfassen (Rollosson 2010). Speziell vor der Konferenz in Paris konnte wieder eine Zunahme von Aktivitäten der gNGOs verzeichnet werden. So veröffentlichten verschiedene Glaubensgruppierungen Deklarationen zum Klimawandel (z. B. wurde am 14. Mai 2015 die buddhistische Deklaration zum Klimawandel publiziert, im August 2015 die *Islamic Climate Change Declaration*). Ausserdem gab der Papst 2015 die Enzyklika *Laudato Si'* zu Umweltthemen heraus. Die französische Regierung veranstaltete gemeinsam mit der Alliance of Religions and Conservation (ARC) eine Vorabkonferenz «World Summit of Conscience «Why do I care about the planet?»» und initiierte am 21. Juli 2015 in Paris einen Aufruf zur Gewissensbildung im Blick auf den Klimawandel, den neben Religionsführern wie dem Patriarchen Bartholomeus auch viele gNGOs unterstützten.<sup>27</sup>

## 7. Illustration an Fallbeispielen

Im Folgenden werden einzelne Fallbeispiele anhand der Typologie nach Clarke (2006) der Reihe nach vorgestellt. Zwei Typen von Gruppierungen werden in diesem Beitrag nicht näher untersucht: glaubensgestützte sozialpolitische Organisationen, weil sie eher ausserhalb des Konferenzentrums, z. B. durch die Organisation von Pilgermärschen nach Paris oder eine Fastenaktion, aktiv waren und dieser Beitrag vor allem auf die Aktivitäten von akkreditierten gNGOs an den internationalen Klimaverhandlungen fokussiert; und illegale, radikale oder terroristische glaubensgestützte Gruppierungen, da solche nicht unter den Konferenzteilnehmern ausgemacht werden konnten.

<sup>27</sup> Siehe [www.whydoicare.org/en/summit-of-the-consciencess-for-the-climate](http://www.whydoicare.org/en/summit-of-the-consciencess-for-the-climate).



## 7.1 *Glaubensgestützte Repräsentationsorganisationen*

### 7.1.1 Weltkirchenrat / World Council of Churches

Der Weltkirchenrat nimmt seit der ersten Klimaverhandlung in Berlin im Jahr 1995 regelmässig mit einer grösseren Delegation, die im Durchschnitt aus 21 Teilnehmern besteht, an den Verhandlungen teil. Er besitzt einen Beobachterstatus bei den Klimaverhandlungen und nimmt sein Recht auf Redebeiträge bei den Klimakonferenzen wahr (siehe Kerber 2014, Tabelle 18.1). Beim Weltkirchenrat handelt es sich um eine ökumenische Organisation, die 1948 gegründet wurde mit Hauptsitz in Genf. Er besteht derzeit aus ca. 350 christlichen Kirchen aus mehr als 110 Ländern. Seine Mitglieder reichen von den orthodoxen Kirchen über die Anglikaner, Baptisten, die Lutheraner, Methodisten zu den reformierten Kirchen und umfassen auch manche Freikirchen. Inzwischen sind die ursprünglichen europäischen Gründungsmitglieder des Weltkirchenrates eher in der Minderzahl und er wird von Mitgliedern aus Entwicklungsländern dominiert. Er war eine der ersten NGOs, die bei den Vereinten Nationen akkreditiert wurden, und verfügt daher über eine lange Tradition der politischen Einflussnahme auf UN-Ebene. Alle sieben Jahre verabschiedet die Generalversammlung das Programm und die Ziele des Weltkirchenrates, die von Komitees umgesetzt werden. Bereits im Jahr 1988 wurde laut Kerber (2014) eine Arbeitsgruppe zum Thema «globale Erwärmung» zur Vorbereitung des Weltgipfels in Rio de Janeiro 1992 eingerichtet, die bis heute existiert und die internationalen Klimakonferenzteilnahmen vorbereitet. Auch wenn es zwischen den verschiedenen Interessenvertretern, die von Gerechtigkeitskämpfern zu Pazifisten und Umweltaktivisten reichen, im erwähnten gemeinsamen Programm «Justice, Peace and Integrity of Creation» nicht immer Einigkeit über die Hierarchie der Themen gibt, konnte doch auf der Weltversammlung des Weltkirchenrates in Seoul 1990 ein Abkommen verabschiedet werden, das in seiner Präambel festhält:

«To consider their common response to the threats the present generation faces confronted by new and complexly interwoven threats, among them, the entrenched and deadly forms of injustice, universal violence and the rapid degradation of the environment. [...] The real danger lies in the interaction of these threats. Together they represent a global crisis.» (Niles 1992, 164–165, zit. nach Kerber 2014, 281)

Laut Kerber (2014) und der Auskunft des Delegationsführers des Weltkirchenrates an der Klimakonferenz in Paris bemüht sich dieser vor allem, den

Kontakt zwischen dem Klimasekretariat und allen religiösen Gruppen, die in der bereits erwähnten «Interfaith Coalition» zusammenarbeiten, zu stärken. Ein Teil seiner Mitglieder wie z. B. die Lutherische Kirche von Norwegen hat für die Klimaverhandlungen in Paris einen Imam und einen Rabbi akkreditiert und in ihre Delegation aufgenommen, um die Repräsentanz anderer religiöser Gruppierungen zu stärken und sie für Klimaschutz zu sensibilisieren.

#### 7.1.2 Heiliger Stuhl, Vatikan, CIDSE

Auch der Heilige Stuhl, der als Staat einen Beobachterstatus bei den UN innehat, nimmt seit der ersten Klimaverhandlung regelmässig an den COPs teil, wobei seine Delegation mit im Durchschnitt nur vier Teilnehmern bisher immer sehr viel kleiner war als die des Weltkirchenrates. Gemäss den Angaben eines interviewten Vertreters der CIDSE, des Dachverbands katholischer Entwicklungshilfeorganisationen, schickte der Vatikan in der Vergangenheit meist nur den lokalen Nuntius zu den Klimaverhandlungen, d. h. den örtlichen Vertreter des Papstes des Landes, in dem die Klimakonferenz stattfand. Dieser nahm dann als höchster Vertreter des Vatikans zusammen mit wenigen Klimaverhandlungsexperten aus dem Vatikan an den Konferenzen teil. Das erste Mal nahm 2009 in Kopenhagen ein höherer Vertreter, Erzbischof Celestino Migliore, der in New York der Vertreter bei den UN war, an einer Klimakonferenz teil. Auch 2013 hatte der Vatikan in Warschau Erzbischof Migliore delegiert, der bereits an der Klimakonferenz in Kopenhagen teilgenommen hatte und daher den Verhandlungsprozess kannte. Er hatte gerade sein Amt als Vertreter bei den UN in New York niedergelegt und wurde Nuntius in Polen. Im Jahr 2015 nahmen plötzlich 14 Vertreter in der Delegation des Vatikans teil. Zum ersten Mal waren auch Vertreter katholischer Entwicklungshilfe-NGOs wie CIDSE oder Caritas Internationalis dabei. Die Aufnahme der Entwicklungshilfevertreter zeigt auch, dass Papst Franziskus sich bemüht, enger mit Laien zusammenzuarbeiten. Als Delegationsmitglieder des Vatikans haben die Vertreter der Entwicklungshilfeorganisationen bessere Zugangsbedingungen bei den Verhandlungen, da der Vatikan – wie auch der Weltkirchenrat – einen Beobachterstatus genießt, d. h. an fast allen Verhandlungen teilnehmen kann, wobei er kein Mitspracherecht, aber die Möglichkeit zu einem Redebeitrag hat.

Der jüngste zahlenmässige Anstieg an Vertretern in der vatikanischen Delegation zeigt, dass die Klimawandelthematik es sehr viel später oben auf die Agenda der katholischen Kirche geschafft hat als z. B. beim Weltkirchenrat. Auch dort konkurrierte sie mit anderen wichtigen Themen wie Frieden, Menschenrechten und Gerechtigkeit. Warum es bei der katholischen Kirche so

lange dauerte, bis sie entschied, ihre Ressourcen auch diesem Thema zu widmen, wird wie folgt erklärt. Laut Agliardo (2014) liegt es vor allem an den hierarchischen Strukturen der katholischen Kirche, die besonders starke lokale Verfechter braucht, um die nötige Aufmerksamkeit auf ein neues Thema zu lenken. Dies stimmt mit den Beobachtungen des interviewten CIDSE-Vertreters überein, der angab, dass die Thematik des Klimawandels vor allem von Kardinälen aus Lateinamerika unterstützt wurde, da sie sich grosse Sorgen um die Zukunft ihrer Länder machen. Sie versuchten im Jahr 2015 durch verschiedene Initiativen sowohl ein innerkirchliches Signal als auch ein Signal nach aussen zu geben, dass der Klimawandel ein wichtiges Thema für den Vatikan sei.

Im Mai 2015 wurde die Enzyklika *Laudato Si'* verabschiedet und im Juni veröffentlicht. Während dieser Zeit gab es schon in Rom die ersten Konferenzen zum Klimawandel, z. B. mit Umweltverbänden, auch in den Medien wurde die Enzyklika viel diskutiert. Im September 2015 besuchte Papst Franziskus die USA und hielt eine Rede vor den Vereinten Nationen. Im Oktober gab der Vatikan eine grosse Stellungnahme an der katholischen Bischofskonferenz aller Kontinente zum Klimawandel ab, um den Zusammenhang zwischen *Laudato Si'* und COP 21 deutlich zu machen. Der Papst empfing in Rom auch alle Umweltminister der EU vor der Klimakonferenz in Paris, und während der Verhandlungen wirkte er auf die Staatschefs ein, mit denen er in diesem Zeitraum zusammentraf. Die jüngsten Entwicklungen in der katholischen Kirche wurden von der damaligen Vorsitzenden des UN-Klimasekretariats Christiana Figueres begrüsst, die sehr offen für religiöse Gruppen ist und an vielen interreligiösen Treffen teilgenommen hat. Sie hatte auch eine Audienz beim Papst im Vorfeld von Paris.

Nach Meinung des interviewten CIDSE-Vertreters ist es auf den COPs schon zu spät, um politisch Einfluss zu nehmen. Sie versuchen dies daher eher auf anderen Veranstaltungen, wie zum Beispiel auf den von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon initiierten «High Level Climate Summits» in New York, die zusammen mit der UN General Assembly stattfinden. Vor COP 21 gab es ein informelles Treffen mit Ministern in New York, und die CIDSE veranstaltete am Tag zuvor eine Veranstaltung mit hohen Vertretern des Vatikans. Dort an den High Level Meetings versucht die CIDSE Einfluss zu nehmen, um dann auf den COPs eher die Verhandlungen zu beobachten, Networking zu betreiben und die nächsten Aktionen zu planen.

Auf der COP arbeitete der Vatikan mit bilateralen Gesprächen. Er hatte dazu zehn Prinzipien aus *Laudato Si'* ausgewählt und den Regierungen vorgebracht, die ins Pariser Abkommen aufgenommen werden sollten. Nach

Meinung des Interviewten baut der Vatikan vor allem politische Brücken, indem er im Hintergrund wirkt. Das Klimathema ist für den Papst kein Umweltthema, sondern Ausdruck unseres Fehlverhaltens in Sachen Konsum und Ernährungsweise und von Ungerechtigkeit zwischen Armen und Reichen sowie eine Verletzung der Menschenrechte. *Laudato Si'* ist ein Aufruf an alle Menschen sich nicht auf die Politik zu verlassen, sondern selbst die Zukunft des Planeten in die Hände zu nehmen, indem sie ihren eigenen Lebensstil ändern. Das Pariser Abkommen hat vor allem in der Präambel wichtige Elemente dieser Prinzipien aufgenommen, jedoch fehlen sie im Haupttext. Themen, die mit der Industrialisierung der Landwirtschaft oder Biotreibstoffen zu tun haben und auch in Zusammenhang mit Klimapolitik diskutiert werden, werden dabei vom CIDSE-Vertreter als Gefahr gesehen, das Klimathema mit anderen Themen wie Hungerbekämpfung in Konflikt zu bringen, das für die katholische Kirche besonders wichtig sei.

Die CIDSE hat während der Klimaverhandlungen mit der Kampagne «Klima 21» auf den Strassen versucht – trotz hoher Sicherheitsvorkehrung – eine soziale Bewegung zu unterstützen, um die Menschen ausserhalb der Klimaverhandlungen zu erreichen. Hier sieht der Interviewte die richtigen Adressaten für die Änderung des Lebensstils. So versucht die CIDSE auf beiden Seiten aktiv zu sein: Ausserhalb der COPs wird die «soziale Bewegung» unterstützt und in den Verhandlungen wird vor allem für das Thema Gerechtigkeit geworben.

### 7.2 Hilfs- und Entwicklungshilfeorganisationen

Wie aus Abbildung 8 hervorgeht, nehmen relativ viele glaubensgestützte Hilfs- und Entwicklungshilfeorganisationen (gHEOs) verschiedener Religion an den Klimaverhandlungen teil. Daher wurde versucht, möglichst viele Teilnehmer der gHEOs zu interviewen, um die Unterschiede und Gemeinsamkeiten besser zu verstehen. Interviewt wurden Vertreter von *Brot für die Welt* (evangelisch), *Buddhist Tsu Chi Foundation*, *Caritas Internationalis* (katholisch), *Christian Aid* (Apostolische Kirche), *World Vision* (evangelikal) und *Islamic Relief* (muslimisch). Da sich die Angaben in den Interviews zum Teil überschneiden, werden die Ergebnisse der christlichen gHEO, die sich ähneln, eher thematisch ausgewertet und gemeinsam dargestellt. Das Interview des CIDSE-Vertreters wurde bereits im Abschnitt zum Vatikan verwendet, da er Mitglied der vatikanischen Delegation war. *World Vision*, *Islamic Relief* und *Buddhist Tsu Chi Foundation* werden je separat dargestellt, da diese Organisationen eher wenige Gemeinsamkeiten mit den anderen gHEOs aufweisen.

### 7.2.1 Christliche Hilfs- und Entwicklungshilfeorganisationen

Die meisten christlichen gHEOs sind seit COP 14 in Posen (2008) bzw. COP 15 in Kopenhagen (2009) bei den Klimaverhandlungen aktiv. Die meisten Teilnehmer weisen dabei *Christian Aid*, *Brot für die Welt*, die *ACT Alliance* und der *Evangelische Entwicklungsdienst* (EED) auf. Der EED ist seit 2012 mit Brot für die Welt fusioniert und nimmt daher seit 2013 nur noch als Brot für die Welt an den Klimaverhandlungen teil. Rechnet man die Vertreter von Brot für die Welt und EED über alle COPs zusammen, dann erreicht man mit 183 Teilnehmern die zweithöchste Anzahl nach Christian Aid mit über 300 Teilnehmern. Auch *Caritas Internationalis* ist als katholisches weltweites Hilfswerk mit 74 Teilnehmern recht stark vertreten. Die ACT Alliance bildet eine Dachorganisation für europäische und amerikanische protestantische gHEOs – wie Christian Aid und Brot für die Welt. Das katholische Pendant ist die CIDSE.

Laut der Vertreterin von *Christian Aid*, einer protestantischen gHEO, die vor allem von den englischen Kirchen unterstützt wird, können drei Ebenen unterschieden werden, auf denen sie Einfluss auf den Klimadiskurs zu nehmen versuchen: Fürsprache und Lobbying, institutionelle Änderungen (zum Beispiel auf politischem Weg Investitionen in regenerative Energien fordern) sowie Aktionen und soziale Bewegung. Die Motivation, bei den Klimaverhandlungen präsent zu sein, wurde von der Vertreterin von Christian Aid sehr eindrücklich wie folgt zusammengefasst: «If we don't address climate change, our achievements in development will be washed away.» Auch der Vertreter von *Brot für die Welt* (dies ist der Entwicklungsdienst der evangelischen Landes- und Freikirchen in Deutschland) gab als Motiv an, dass «Klimawandel der Armutstreiber der Zukunft» ist und sie daher aktiv sind. Unter der Rubrik «Fürsprache und Lobbying» führten alle interviewten christlichen gHEOs an, dass sie versuchen, den Stimmen der ärmeren Länder mehr Gewicht zu verleihen, da diese über weniger Ressourcen verfügen, ihre Interessen bei den UN-Klimaverhandlungen zu vertreten. Da sie vom Klimawandel besonders betroffen sein werden, sollten sie möglichst stark repräsentiert sein. Sie setzen sich daher für Themen wie «Verlust und Schäden» oder «Klimagerechtigkeit» und «Anpassung an den Klimawandel» ein, die speziell für Entwicklungsländer wichtig sind. Neben den üblichen Lobbyaktivitäten wie den Treffen mit Delegierten und Politikern versuchen Brot für die Welt und Christian Aid auch, Vertreter ihrer Partnerorganisationen in Entwicklungsländern in den Verhandlungsthemen so zu schulen, dass sie als Mitglied ihrer Landesdelegation an allen Klimaverhandlungen teilnehmen können. Sie finanzieren diesen ausgewählten «Experten» neben Schulungen

auch die Teilnahme an SBI- und SBSTA-Treffen. So zielen die christlichen gHEOs darauf, dass die armen Länder sich an den Klimaverhandlungen besser repräsentieren und Gehör verschaffen können. Die gHEOs verfügen häufig über langjährige Experten/-innen für die Klimaverhandlungen, die sich während der Klimakonferenzen zweimal täglich in der *ACT Alliance* koordinieren, um ihre Strategien abzusprechen. Auch *Caritas Internationalis* ist aktiv bei den Klimaverhandlungen. Ihre Strategie ähnelt der jener der evangelischen Hilfswerke. Auch sie versuchen, durch Treffen mit Regierungsvertretern verschiedener Länder auf deren Positionen Einfluss zu nehmen wie auch durch die Mitgliedschaft in Länderdelegationen, zum Beispiel der irischen und der Delegation von Malawi. Auch sie haben eine spezielle Expertin für die Klimaverhandlungen und koordinieren sich über die CIDSE, die zum Teil auch in der vatikanischen Delegation teilnimmt und durch deren Beobachterstatus über bessere Zugangsbedingungen zu den Verhandlungen verfügt. Ihre Themenschwerpunkte sind Ernährungssicherheit (damit indirekt Landwirtschaftsthemen), Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte, wie z. B. das Recht auf Nahrung, Gesundheit und Wasser, die bisher nur in rund sechzig Ländern im nationalen Recht verankert sind. Die Vermeidung von Treibhausgasen steht weniger im Vordergrund. Sie spielt eher indirekt eine Rolle, da fossile Brennstoffe als häufige Kriegsursache gesehen werden und daher eine Dekarbonisierung der Wirtschaft zum Frieden beitragen kann. *Caritas Internationalis* setzt sich daher dafür ein, dass keine Investitionen in fossile Industrien erfolgen, indem sie im «Interfaith Center on Corporate Responsibility»<sup>28</sup> aktiv ist und auf die Vatikanische Investitionsbank einwirkt.

Ausserdem waren alle christlichen gHEOs in eine Nebenveranstaltung involviert, die sie entweder selbst initiiert hatten oder an der sie mit Podiumssprechern teilnahmen. Auch dort versuchen sie auf ihre Schwerpunktthemen wie «Klimagerechtigkeit», «Anpassung», «Widerstandsfähigkeit», «Verlust und Schäden» hinzuweisen.

Schon in der Datenanalyse der Teilnehmerlisten fällt auf, dass *World Vision* – eine der grössten Entwicklungshilfeorganisationen mit ca. 40 000 Angestellten und Vertretungen in fast 100 Ländern – erst seit Kurzem an den Klimaverhandlungen teilnimmt. *World Vision* wurde 1950 gegründet, um Waisenkindern in Asien zu helfen und legt den Schwerpunkt daher vor allem auf das Kindeswohl, das sie über sogenannte Kinderpatenschaften zu verbessern versucht (Brown u. a. 2014). Die erste Teilnahme von *World Vision*

28 Vgl. [www.iccr.org](http://www.iccr.org).

an internationalen Klimaverhandlungen war 2013 an der COP in Warschau. Das Interview ergab, dass sich *World Vision*, die in unabhängigen nationalen und regionalen Geschäftsstellen und drei globalen Zentren organisiert ist, besonders schwergetan hat, sich im Klimaschutz zu engagieren, und daher erst sehr spät aktiv wurde. Dies liegt vor allem auch an den internen Entscheidungsprozessen, die von Brown u. a. (2014) in einer Umfrage mit World-Vision-Mitarbeitern näher untersucht worden sind. Dabei wurde der Zusammenhang von Risikowahrnehmung, der Einstellung zum Klimawandel und der jeweiligen Einflussnahme auf die Programmgestaltung der Organisation eruiert. Es stellte sich heraus, dass vor allem Mitarbeiter in den Geschäftsstellen der Geberländer den Klimawandel als geringeres Risiko ansahen als Mitarbeiter in Entwicklungsländern, die diesen direkt beobachten können. Hinzu kommt, dass die Mitarbeiter in den Industrieländern meist im Marketing und in der Kommunikation tätig sind und somit die Verantwortung für die Vermarktung den Geldgebern überlassen. Da viele Geldgeber aus den USA stammen und unter ihnen auch eine grosse Anzahl weisser Evangelikaler ist, die, wie in Abschnitt 2.4 näher beschrieben wurde, extreme Wetterereignisse eher als Zeichen der beginnenden Endzeit sehen, als sie mit dem Klimawandel in Verbindung zu bringen, könnte dies auch eine Erklärung für die Zurückhaltung von World Vision sein, das Thema Klimawandel prominenter in den USA zu lancieren. Laut Brown u. a. (2014) existiert zwar schon seit 2006 eine interne «Climate Change Response Initiative»; Klimaschutz schaffte es jedoch nicht auf die internationale Webseite von World Vision.

Der Interviewpartner in Paris war von der Australischen Geschäftsstelle von World Vision, die nach seinen Angaben gerne als Testobjekt für strategische Veränderungen in der Organisation genutzt wird, da sie eine sehr grosse Anzahl von Kinderpatenschaften verwaltet, jedoch ihr finanzielles Gewicht im Vergleich zu den USA sehr viel kleiner ist. Wie die Klimaschutzthematik bei den World-Vision-Sponsoren ankommt, wurde daher erst in Australien im Jahr 2011 mit der Einführung einer neuen Abteilung namens «Food Security und Climate Change» getestet. Die Reaktion in Australien fiel überraschend deutlich aus. Laut Aussage des Interviewten wurden 7000 Kinderpatenschaften innerhalb von 24 Stunden nach Einführung der neuen Abteilung gekündigt.

Bei den Entwicklungshilfeprojekten von World Vision im Bereich Klimaschutz sind laut dem Interviewpartner zwei Arten zu unterscheiden: Zum einen werden effiziente Kocher unterstützt (z. B. Solarkocher), zum anderen

Aufforstungsprojekte. Zum Beispiel wurde ein Berg in Äthiopien aufgeforstet und versucht, Carbon Credits im BioCarbon Fund der Weltbank zu kreieren. Im Niger werden 5 Millionen Hektar ödes Land aufgeforstet für sogenannte Smart-Agriculture-Projekte. Es werden dabei grosse Bäume aus bestehendem Wurzelwerk gezogen, die besonders resistent gegen Trockenheit sind und Schatten wie auch Nährstoffe für die darunter angebauten Pflanzen liefern. Dabei werden neben der Bekämpfung von Erosion Brennholz und Ackerboden gewonnen, der wiederum zur Ernährungssicherheit beiträgt. World Vision Australia ist für die Smart-Agriculture-Technik zusammen mit Tony Rinaudo mit dem «Land for Life Award of the United Nations Convention to Combat Desertification» ausgezeichnet worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich World Vision bei all den Bemühungen der australischen Geschäftsstelle gegenüber dem Thema Klimawandel global weiter positionieren wird.

#### 7.2.2 Nichtchristliche Hilfs- und Entwicklungshilfeorganisationen

*Islamic Relief Worldwide* existiert seit 30 Jahren, startete mit Katastrophenhilfe und ist jetzt vor allem als Entwicklungshilfeorganisation aktiv. Sie sind in der Armutsbekämpfung engagiert, wobei sie nicht nur muslimischen Regionen helfen. *Islamic Relief Worldwide* ist als Organisation noch nicht bei der UN-Klimakonvention akkreditiert. Daher haben ihre Vertreter als Climate Action Network (CAN) an Klimaverhandlungen teilgenommen. Erst vor kurzem (durch die Post-2015-Verhandlungen der Millennium Development Goals) sind sie als Organisation stärker am Thema Klimawandel interessiert. Sie haben dazu eine Nebenveranstaltung in New York bei den UN-Verhandlungen organisiert. Die Interviewpartnerin, die bei *Islamic Relief Worldwide* in Grossbritannien angestellt ist, war früher als Verhandlerin für die pakistanische Regierung in die Klimaverhandlungen involviert und kennt sich daher gut aus. Sie stellte fest, dass in islamischen Ländern erst langsam ein Bewusstsein hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels entsteht. Erst im August 2015 haben sie die *Islamic Declaration on Climate Change* verabschiedet, die von 80 Vertretern unterzeichnet wurde. Sie versuchen, Menschen dahin zu bringen, Religion als Katalysator für Transformation zu sehen und nicht – wie meistens – als Entwicklungshemmnis. Alle Richtungen im Islam stimmen ihrer Meinung nach darin überein, dass alle Muslime Verantwortung für unsere Erde haben; sie basiere auf dem Koran. Differenzen zwischen den unterschiedlichen Strömungen kommen bei Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter auf, die eher auf die Kultur als auf die Religion zurückzuführen seien. Auch ist sie sich bewusst, dass man über den Glauben grosse



Menschengruppen erreichen kann und hält es daher für umso wichtiger, dass politische Gruppen mit glaubensbasierten Gruppierungen zusammenarbeiten. Finanziert wird die Arbeit von Islamic Relief Worldwide – ähnlich wie Moscheen – durch individuelle und institutionelle Spenden; wobei Sammelaktionen in Moscheen oder Spendenaufrufe wie bei christlichen Hilfsorganisationen (z. B. Fastenopfer) eher unüblich sind. Ihrer Meinung nach sind Klimaschutzaktionen, die Hilfe zur Selbsthilfe bieten, am geeignetsten für ihre Institution, da der Islam für Wohltätigkeit, die über das eigene Leben hinausreicht, auch nach dem Tod Belohnungen verspricht. Durch die Organisation of Islamic Cooperation (OIC) kann Islamic Relief Worldwide Einfluss auf Länderregierungen ausüben, da dort 57 Länder Mitglied sind. Die Schwerpunktthemen des Lobbyings für Islamic Relief an den Klimaverhandlungen sind: Finanzhilfen für Entwicklungsländer, Klimagerechtigkeit, Kapazitätsaufbau für Anpassungsmassnahmen und ein verbindliches Abkommen mit einem regelmässigen Überprüfungsmechanismus. Für ein direktes Lobbying vor Ort bei den Klimaverhandlungen in Paris ist es ihrer Meinung nach jedoch zu spät. Viele Länder verfügen nicht mehr über ein Verhandlungsmandat, daher muss die Einflussnahme der gNGOs sehr viel früher im Verhandlungsprozess einsetzen, um wirksam werden zu können.

Die *Buddhist Tsu Chi Foundation* ist eine Katastrophenhilfe, die seit 20 Jahren existiert. Sie nimmt erst seit 2013 (COP 19 in Warschau) an den Klimaverhandlungen teil. Durch ihre Vorbereitungen auf die Nachfolgekonferenz 2012 zum Weltgipfel von Rio de Janeiro 1992, kurz Rio+20 genannt, sind sie auf die Klimaverhandlungen aufmerksam geworden. Sie waren Teil einer Nebenveranstaltung in Paris und hatten einen Stand im Ausstellungsbereich. Am Stand haben sie eines ihrer sozialen Projekte namens «Faith based innovation» vorgestellt, in dem Plastikflaschen recycelt werden, um daraus Decken für ihre Hilfseinsätze herzustellen. Hier erhalten Senioren eine ehrenamtliche Aufgabe: Sie sammeln Flaschen, waschen und sortieren sie nach Farbe. Die Senioren haben damit eine sinnvolle Tätigkeit, dazu mit meditativem Charakter. Derzeit arbeiten 66 000 Ehrenamtliche in verschiedenen Ländern (z. B. Taiwan, Malaysia) in diesem Projekt mit. Hauptanliegen der Foundation ist es, Menschen Hoffnung zu geben, da dies die Gesellschaft stabilisieren helfe. Und sie geben Flüchtlingen Decken, womit sich der «Kreis der Liebe» schliesse. Sie versuchen durch so erzeugte positive Energie die Entscheidungsträger zu beeinflussen und einen offenen Dialog mit ihnen zu führen. Ausserdem ist es für sie wichtig, Vorbild für einen einfacheren Lebensstil zu geben; z. B. versuchen ihre Nonnen, mit wenigen Litern Wasser pro Tag auszukommen, das sie sowohl zum Trinken, Waschen als auch zum

Kochen verwenden. Aktuell haben sie sich «ethisches Essen» als Leitthema gewählt, womit lokal angepflanztes Gemüse gemeint ist. Der Einfluss auf den Lebensstil steht somit neben den Hilfsprojekten im Vordergrund. Direkte politische Einflussnahme auf die Verhandlungen ist für sie eher ein untergeordnetes Ziel.

### 7.3 *Glaubensgestützte missionarische Organisationen*

#### 7.3.1 Maryknoll Sisters

Die Maryknoll-Schwester, ein katholischer Orden aus den USA, sind erst seit COP 16 (2010) an den Klimaverhandlungen vertreten; die Maryknoll-Brüder nehmen schon seit COP 9 (2003) teil. Die in Paris teilnehmenden Maryknoll-Schwester stammten aus verschiedenen Ländern, zwei aus den USA, eine von den Philippinen und eine aus Lateinamerika. Sie nehmen vor allem an Nebenveranstaltungen teil und haben auch eine ausgewiesene Expertin für die Klimaverhandlungen. Gemäss Interview steht für sie eine politische Einflussnahme nicht im Vordergrund. Stattdessen nehmen sie auch an Aktivitäten ausserhalb der UN-Klimaverhandlungen teil (z. B. am Treffen in der Chapelle Notre Dame des Anges, bei dem Pilger der Pilgermärsche nach Paris sich trafen), um die globale soziale Bewegung in der Bevölkerung zu unterstützen. Eine der Schwestern hat ihre Masterarbeit über die Visionen und Missionen ihres Ordens im Umweltbereich geschrieben (Lomerio Misolas 2015). Darin untersucht sie je ein Projekt ihres Ordens in Panama, auf den Philippinen und in den USA – Projekte zur Weiterbildung der Bevölkerung über ökologische Themen. Ein Hauptanliegen der Maryknoll-Schwester ist es, Vorbild im Bereich Umweltschutz für die Bevölkerung zu sein, um neben den spirituellen Diensten auf die globale Umweltkrise hinzuweisen, die vor allem auf Frauen in Entwicklungsländern negative Auswirkungen haben wird oder bereits hat.

#### 7.3.2 Brahma Kumaris

Die Brahma Kumaris haben zum ersten Mal in Kopenhagen (2009) an einer Klimakonferenz teilgenommen. Die Teilnahme geht auf die Initiative eines Mitglieds aus Dänemark zurück. Sie waren bereits 1992 in Rio de Janeiro beim Weltgipfel bei der Entwicklung der *Earth Charta* aktiv. Seit 2009 sind sie bei den Klimaverhandlungen vertreten, veranstalten Nebenveranstaltungen und unterhalten einen Informationsstand. Während der Klimaverhandlungen in Paris haben sie ausserhalb des Konferenzgebäudes zu einer 24-

stündigen Meditation aufgerufen. Brahma Kumaris verstehen sich wie erwähnt nicht als religiöse, sondern als spirituelle Gemeinschaft; sie können darum daneben einer Religionsgemeinschaft angehören. Sie sind aktives Mitglied des Interfaith Committee und organisieren zusammen mit der norwegischen Lutherischen Kirche und Buddhisten die Treffen und Pressekonferenzen der gNGOs. Für die Vertreter von Brahma Kumaris steht die individuelle Selbstfindung, das Bewusstsein für eine spirituelle Macht und die Idee, alle Menschen als eine grosse Familie zu verstehen, im Vordergrund ihrer Bemühungen. Sie geben an ihrem Stand Armbänder aus, die uns an Ziele wie «einfaches Leben» erinnern sollen. Ihr Motto lautet «We are not having much success unless we touch people's hearts». Ihrer Meinung nach leidet die Umwelt heute und wir haben eine historische Verantwortung, das zu ändern. Wir können durch unser Denken den Planeten verändern, indem wir uns unserer Verantwortung für die Erde bewusst werden.

## 8. Schlussreflexion

Die Ausführungen in Teil I zeigen, wie schwierig es für Naturwissenschaftler ist, das physische Phänomen Klimawandel so zu vermitteln, dass es wissenschaftlich nicht angreifbar und für Laien überzeugend ist. Wie die Schilderungen der wissenschaftlichen Herausforderungen illustrieren, sind die Zusammenhänge zwischen den vielen Kausalkettengliedern so komplex, dass sie voraussichtlich nie mit hundertprozentiger Sicherheit erfasst werden können. Daher ist es umso wichtiger, dass die Gesellschaft dies akzeptiert und sich dessen bewusst wird und dies nicht für irrational hält. Erst dann kann diese naturwissenschaftliche Unsicherheitsargumentation nicht mehr missbraucht werden, um Entscheidungen zu vertagen oder Nichtstun zu rechtfertigen. Hier sollte vielmehr das Vorsorgeprinzip angewendet und versucht werden, es in den Vordergrund zu stellen.

Der Klimawandel lässt sich einfach veranschaulichen: Ein Bus voller Menschen ist auf der Strasse liegen geblieben. Es ist neblig und ein Lkw rast heran. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Lkw-Fahrer den Bus nicht sieht und nicht rechtzeitig bremsen kann, ist hoch. In dieser Situation wird jeder rationale Mensch davon ausgehen, dass die Menschen im Bus mit allen Mitteln versuchen, den Bus von der Fahrbahn zu bekommen. Ähnlich einfach sollte der Klimaschutz zu rechtfertigen sein. Auch bei gegebenen Unsicherheiten sollte man aus Vorsorge vor einem sehr hohen Schaden versuchen, alle Mittel zu nutzen, um die Gefahr abzuwenden. Wie sich gezeigt hat, werden in einigen Ländern – speziell in den USA – die Schwächen in der Kommunikation

der wissenschaftlichen Unsicherheiten mit religiösen Weltansichten geschickt kombiniert, um eine ambitionierte Klimapolitik zu verhindern. Andererseits zeigte sich ebenfalls deutlich, wie mithilfe von apokalyptischer Rhetorik in verschiedenen Medien versucht wird, die Dringlichkeit, etwas gegen Klimawandel zu tun, der Bevölkerung zu vermitteln.

Doch auch die Warnungen vor einer planetaren Krise, deren Wahrnehmung durch das Scheitern der internationalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen 2009 noch verstärkt wurde, führten nicht zu einer schnellen Einigung. Daher scheint die Frage gerechtfertigt, ob es überhaupt eine «Lösung» des «böartigen Problems» (Hulme 2014, 314) Klimawandel geben kann.

Wie der erste Teil auch veranschaulicht haben sollte, hat sich nicht nur das Klima, sondern auch die Wortwahl im öffentlichen Diskurs mehrfach gewandelt. Erst wurde hauptsächlich der Begriff Treibhauseffekt verwendet, der vom heute üblichen «Klimawandel» abgelöst wurde. Diese Entwicklung scheint nicht zufällig. Denn wie sich gezeigt hat, hat der Begriff Klimawandel inzwischen in der Öffentlichkeit eine viel breitere Bedeutung erhalten, als sie das physische Phänomen ursprünglich hatte. Dies zeigt sich im ersten Teil anhand des immer breiter gewordenen Themenspektrums bei den Verhandlungen, das nicht mehr nur Emissionsminderungen meint, sondern auch Aufforstung, Anpassung an den Klimawandel bis hin zu Kompensationen der Klimaschäden einschließt. Wie die Entwicklung der Teilnehmerzahlen der internationalen Klimaverhandlungen im zweiten Teil deutlich macht, hat die Klimadebatte sich inzwischen stark ausgeweitet und umfasst alle Probleme der Weltgesellschaft. So haben Artenschützer, Friedensaktivisten und auch indigene Volksvertreter die internationalen Klimaverhandlungen als ihre neue – jährlich stattfindende – Plattform gewählt, um auf ihre Probleme hinzuweisen. Die ursprüngliche Gruppe von Umwelt-, Wissenschafts- und Wirtschafts-NGOs ist somit sehr viel bunter geworden – Bals (2016, 16) spricht von einer «pluralistischen Weltgesellschaft» – und daher scheint es auch immer schwieriger zu sein, eine für alle akzeptable Lösung zu finden. Denn Artenschützer und Friedensaktivisten werden auch politisch ambitionierte Treibhausgas-Minderungsverpflichtungen nicht als die Lösung ihres Problems akzeptieren.

Nachdem in ersten Teil eher aufgezeigt wurde, wie religiöse Sprache und Weltansichten eher missbraucht oder instrumentalisiert worden sind, um politische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen, wurden im zweiten Teil die eher positiven Rollen von glaubensgestützten NGOs bei den Klimaverhandlungen betrachtet. Die Analyse der Teilnehmerentwicklungen im zweiten Teil verdeutlicht, dass viele religiöse und spirituelle Gruppierungen – mit

Ausnahme des Weltkirchenrates – erst seit den Konferenzen um Kopenhagen im Jahr 2009 verstärkt an den Klimakonferenzen teilnehmen. Die meisten waren zuvor vor allem auf den Weltgipfeltreffen aktiv: in Rio de Janeiro 1992, der «Geburtsstunde» der Klimarahmenkonvention, oder an den folgenden, alle zehn Jahre stattfindenden Anschlusskonferenzen Rio+10 (2002) und Rio+20 (2012). Diese Entwicklung könnte so gedeutet werden, dass die gNGOs in den Anfängen der Klimaverhandlungen davon ausgingen, dass Klimawandel ein Umweltproblem ist und daher von Umweltaktivisten und Politikern gelöst würde. Mit dem breiteren Verständnis von Klimawandel wuchs ihr Interesse, selbst aktiv zu werden, das durch das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen noch verstärkt wurde. Die Zunahme von extremen Wetterereignissen besonders in Entwicklungsländern scheint vor allem gHEOs mobilisiert zu haben, sich bei den Klimaverhandlungen energischer für die Rechte der Entwicklungsländer einzusetzen.

Die Analyse der angewandten Methoden der Einflussnahme der gNGOs auf die Klimaverhandlungen zeigt, dass sie stark variieren. So treten manche gNGOs als politische Akteure auf und versuchen, über die gleichen Aktivitäten wie andere NGOs, z. B. Lobbyarbeit, Nebenveranstaltungen oder Pressekongresse, die internationalen Klimaverhandlungen zu beeinflussen. Die Zunahme der Aktivitäten von gNGOs trotz verschärfter Teilnahmebedingungen seit Kopenhagen veranschaulicht ihr grosses Engagement, vor allem auch ausserhalb der Verhandlungen eine soziale Bewegung aufzubauen bzw. zu unterstützen, um den politischen Druck auf Politiker zu erhöhen, eine Einigung in den Verhandlungen zu erzielen.

Jedoch verfügen gNGOs auch über eigene Möglichkeiten, die Klimadebatte zu beeinflussen, die sie von den anderen NGOs unterscheiden. Hier sind moralische Appelle oder auch Veranstaltungen mit gemeinsamen Gebeten oder Meditation zu nennen. Damit können Themen wie Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung oder ein weniger konsumorientierter und spirituellerer Lebensstil propagiert werden und das Wir-Gefühl wird gestärkt, vor allem durch Meditation und Gebete. Glaubensgestützte NGOs appellieren somit an die «universale Solidarität» oder «Geschwisterlichkeit», die auf dem natürlichen menschlichen Verlangen nach «Mitgefühl» und «Fürsorge» basiert, um dieses als Motivation zur Einigung auf Minderungsziele bzw. den Verzicht auf Emissionszuwachs zu nutzen. Aber auch die positive Weise, wie z. B. Brahma Kumaris oder die buddhistischen gHEOs einen «einfachen Lebensstil» propagieren, der mehr Zeit lässt für Spirituelles, oder die Aufforderung christlicher gNGOs, «mit weniger froh zu sein» und dies zu schätzen, scheinen im Vergleich zum üblichen reinen Verzichtsgebot der säkularen

Umwelt-NGOs attraktiver zu sein. Diese positive Sicht des Verzichts könnte von den gNGOs deutlicher in ihrer motivierenden Funktion betont werden. Sie bietet einen Anknüpfungspunkt für den Dialog mit säkularen Umwelt-NGOs. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen gNGOs und anderen, etwa Umwelt-NGOs ist auch wichtig, um die erwähnten potenziellen Identitätskonflikte zu reduzieren. Auch die bereits praktizierte Einladung anderer religiöser Glaubensvertreter zur Teilnahme an den Klimaverhandlungen ist vielversprechend und könnte weiter ausgedehnt werden. Die Interfaith-Kooperation hat sich für die Vernetzung der gNGOs als sehr wichtig erwiesen und kann eine Alternative zum Hauptgruppenstatus sein, in dem einige gNGOs das Risiko einer Spaltung der NGOs in religiöse und nichtreligiöse sehen.

Welche anderen Möglichkeiten bieten sich gNGOs, die Klimapolitik zu unterstützen? Wegen ihrer im Vergleich zu Umwelt-NGOs grossen Anzahl Mitglieder (siehe Betz 2018) überall auf der Welt könnten sie bei der Mobilisierung und Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für Klimawandel eine noch grössere Rolle spielen. Der Einfluss der Religionsführer darf dabei auch nicht unterschätzt werden. So wirkte z. B. der Papst im Vorfeld und während der Pariser Konferenz durch politisches Brückenbauen im Hintergrund, um den Einigungsprozess zu unterstützen. Dies hat sich sowohl innerhalb des Einigungsprozesses in der EU (z. B. im Zusammenhang mit Polen) als auch kurz vor der Schlussversammlung in Paris als wichtig erwiesen. Es wird erzählt, dass die Einflussnahme von Papst Franziskus auf den nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega, der bis zuletzt die Annahme des Pariser Abkommens – weil es ihm nicht anspruchsvoll genug war – verweigern wollte, diesen umgestimmt habe (Glaab u. a. 2019). Des Weiteren könnten gNGOs versuchen, auch in Delegationen von Industrieländern Vertreter zu entsenden, um mit diesen die Wertedebatte des Klimawandels explizit zu führen. Denn diese scheint bei den Klimaverhandlungen immer nur implizit als ökonomische oder technische Debatte geführt zu werden, was die Einigung erschwert. Eine konkrete Aufgabe für die gNGOs könnte z. B. darin bestehen, die (I)NDCs des Pariser Abkommens nach ethischen Kriterien zu bewerten, d. h. zu beurteilen, inwieweit die gewählten Ziele nach ihren moralischen Standards als gerecht anzusehen sind. Denn im Pariser Abkommen steht explizit, dass diese auch mit Hinblick auf Fairness zu bestimmen sind.

Die globale Vertretung vieler gNGOs könnte auch noch stärker dazu genutzt werden, die erwähnte Täuschung in Industrieländern, Klimawandel sei etwas örtlich und zeitlich Fernes, anzugehen. Hier könnten Partnerschaften

zwischen Gemeinden in Industrieländern und in stark vom Klimawandel betroffenen Ländern (z. B. kleinen Inselstaaten) und Augenzeugenberichte ein Weg sein, in Industrieländern mehr Unterstützung für Klimapolitik zu erreichen. Dem Vorbild der Pilger folgend, die auf ihrem Weg nach Paris bei verschiedenen Kirchengemeinden zu Gast waren, könnten weitere solche Märsche bei zukünftigen Klimakonferenzen initiiert werden und für Berichte von Klimaflüchtlingen oder Ähnliches genutzt werden.

Für zukünftige Forschungen sind folgende drei Bereiche besonders interessant: erstens eine Untersuchung der Aktionen von gNGOs ausserhalb der Klimaverhandlungen, damit auch das Engagement glaubensgestützter sozialpolitischer Organisationen besser verstanden wird. Zweitens: Viele gNGOs sind bereits im Vorfeld der COPs politisch aktiv, weil sie die COPs als zu spät für eine wirkungsvolle Einflussnahme ansehen. Hier könnte eine breitere Analyse ihrer politischen Aktivitäten aufschlussreich sein, um das gesamte Engagement zu erfassen. Schliesslich wäre es interessant zu verstehen, wie die Delegierten und Politiker das Engagement der gNGOs innerhalb und ausserhalb der Klimaverhandlungen beurteilen und ob sie weitere Potenziale für gNGOs sehen, die bisher noch nicht ausreichend genutzt werden, speziell im Hinblick auf eine Umsetzung des Pariser Abkommens.

Denn ob das Pariser Abkommen z. B. über die periodisch vorgesehenen globalen Bestandsaufnahmen zu anspruchsvolleren Reduktionszielen von Treibhausgasen, die mit einem 2-Grad-Celsius-Ziel vereinbar sind, führen wird, wird sich erst noch zeigen. Sicher ist jedoch, dass das Abkommen niemals alle Erwartungen der globalen Zivilgesellschaft erfüllen wird. Eine Herausstellung der positiven Kräfte, die mit Spiritualität und einem einfacheren Lebensstil verbunden sind, wie es die gNGOs versuchen, könnte die Motivation für Klimaschutz steigern und somit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten.

### *Literatur*

- Agliardo, Michael (2014): The U. S. Catholic response to climate change, in: Veldman, Robin G. u. a. (Hg.): How the World's Religions are responding to climate change: Social scientific investigations, London, 174–192.
- Akerlof, Karen u. a. (2013): Do people «personally experience» global warming, and if so how, and does it matter?, in: Global environmental change 23 (1), 81–91.

- Andresen, Steinar / Agrawala, Shardul (2002): Leaders, pushers and laggards in the making of the climate regime, in: *Global Environmental Change* 12 (1), 41–51.
- Arrhenius, Svante (1896): XXXI. On the influence of carbonic acid in the air upon the temperature of the ground, in: *The London, Edinburgh, and Dublin Philosophical Magazine and Journal of Science* 41 (251), 237–276.
- Bals, Christoph (2016): Eine gelungene Provokation für eine pluralistische Weltgesellschaft. Die Enzyklika *Laudato Si'* – eine Magna Charta der integralen Ökologie als Reaktion auf den suizidalen Kurs der Menschheit, Germanwatch Hintergrundpapier, <http://germanwatch.org/de/download/14160.pdf> (31.12.2016).
- Ban Ki-moon (2009): Many Heavens, One Earth: Faith Commitment for a Living Planet, Press Release, Windsor conference, [www.arcworld.org/downloads/ARC\\_Windsor\\_press\\_release\\_BKM\\_09-11-03.pdf](http://www.arcworld.org/downloads/ARC_Windsor_press_release_BKM_09-11-03.pdf) (12.4.2016).
- Barker, David C. / Bearce, David H. (2013): End-times theology, the Shadow of the Future, and Public Resistance to Addressing Global Climate Change, in: *Political Research Quarterly* 66 (2), 267–279.
- Berger, Julia (2003): Religious nongovernmental organizations: An exploratory analysis, in: *Voluntas. International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 14 (1), 15–39.
- Betsill, Michele M. / Corell, Elisabeth (2001): NGO Influence in International Environmental Negotiations: A Framework for Analysis, in: *Global Environmental Politics* 1 (4), November, 65–85.
- Betz, Regina (2018). Religion und Treibhausgasemissionen: Potenziale religiöser Gemeinschaften im Klimaschutz, in: Pfeleiderer, Georg / Matern, Harald / Köhrsen, Jens (Hg.): *Krise der Zukunft II. Verantwortung und Freiheit angesichts apokalyptischer Szenarien*, Zürich, 73–100.
- Bodansky, Daniel (2001): The History of the Global Climate Change Regime, in: Luterbacher, Urs / Sprintz, Detlef F. (Hg.): *International Relations and Global Climate Change*, Cambridge MA.
- Boykoff, Maxwell T. / Boykoff, Jules M. (2004): Balance as bias: global warming and the US prestige press, in: *Global environmental change* 14 (2), 125–136.
- Broecker, Wallace S. (1975): Climatic Change: Are We on the Brink of a Pronounced Global Warming?, in: *Science* 189 (4201), 460–463.
- Brown, Carolyn P. u. a. (2014): An investigation of perception of climate change risk, environmental values and development programming in a faith-based international development organisation, in: Veldman, Robin



- G. u. a. (Hg.): *How the World's Religions are responding to climate change: Social scientific investigations*, London, 261–277.
- Budescu, David V. / Broomell, Stephen / Por, Han-Hui (2009): *Improving Communication of Uncertainty in the Reports of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, in: *Psychological Science* 20 (3), 299–308.
- Clarke, Gerard (2006): *Faith matters: Faith-based organisations, civil society and international development*, in: *Journal of International Development* 18, 835–848.
- Conway, Erik (2008): *Global Climate Change: What's in a name: Global Warming vs. Climate change*, hg. von NASA, [www.nasa.gov/topics/earth/features/climate\\_by\\_any\\_other\\_name.thm](http://www.nasa.gov/topics/earth/features/climate_by_any_other_name.thm)(30.7.2015).
- Daniels, Stephen / Endfield, Georgina H. (2009): *Narratives of climate change: introduction*, in: *Journal of Historical Geography* 35 (2), 215–222.
- Dörner, Dietrich (2014): *Die Logik des Misslingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen*, Nördlingen.
- Fourier, Joseph B. J. (1827): *Les températures du globe terrestre et des espaces planétaires*, in: *Mémoires de l'Académie Royale des Sciences de l'Institut de France* VII, 570–604.
- Foust, Christina R. / O'Shannon Murphy, William (2009): *Revealing and re-framing apocalyptic tragedy in global warming discourse*, in: *Environmental Communication* 3 (2), 151–167.
- Glaab, Katharina / Fuchs, Doris / Friederich, Johannes (2019): *Religious NGOs at the UNFCCC: a specific contribution to global climate politics?*, in: Baumgart-Ochse, Claudia / Wolf, Klaus Dieter (Hg.): *Religious NGOs at the United Nations. Polarizers or Mediators?*, London, 47–63.
- Grubb, Michael (2016): *Full legal compliance with the Kyoto Protocol's first commitment period – some lessons*, in: *Climate Policy* 16 (6), 673–681.
- Hansen, James E. (1988): *Greenhouse Effect and Global Climate Change*, part 2, U. S. Senate Committee on Energy and Natural Resources, 100th Congress, 1st Session, 23 June, Washington D. C.
- Hansen, James E. (2007): *Scientific reticence and sea level rise*, in: *Environmental Research Letters* 2, 024002.
- Haynes, Jeff (2014): *Faith-Based Organizations at the United Nations*, New York.
- Hjerpe, Matthias / Buhr, Katarina (2014): *Frames of Climate Change in Side Events from Kyoto to Durban*, in: *Global Environmental Politics* 11 (3), 102–121.
- Hulme, Mike (2014): *Streitfall Klimawandel. Warum es für die grösste Herausforderung keine einfachen Lösungen gibt*, München.

- IPCC (2013): Summary for Policymakers. Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge UK / New York NY.
- IPCC (2014): Summary for Policymakers. Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge UK / New York NY.
- Jacobsen, Grant D. (2011): The Al Gore effect: an inconvenient truth and voluntary carbon offsets, in: *Journal of Environmental Economics and Management* 61 (1), 67–78.
- Jones, Robert P. / Cox, Daniel / Navarro-Rivera, Juhem (2014): Believers, Sympathizers, & Skeptics: Why Americans Are conflicted about climate change, environmental policy, and science. Findings from the PRRI/AAR Religion, Values, and Climate Change Survey, San Diego.
- Karp, Larry / Traeger, Christian (2013): Discounting, in: *Encyclopedia of Energy, Natural Resource, and Environmental Economics*, 286–292.
- Kearns, Laurel (2012) Religion Activism in the United States, in Gerten, Dieter / Bergmann, Sigurd (Hg.): *Religion in Environmental and Climate Change*, 132-151.
- Kemp, Martin (2005): Science in culture: inventing an icon, in: *Nature* 437 (7063), 1238.
- Kerber, Guillermo (2014): International advocacy for climate justice, in: Veldman, Robin G. u. a. (Hg.): *How the World's Religions are responding to climate change: Social scientific investigations*, London, 278–294.
- Liverman, Diana M. (2009): Conventions of climate change: constructions of danger and the dispossession of the atmosphere, in: *Journal of Historical Geography* 35 (2), 279–296.
- Lomerio Misolas, M. (2015): *The Maryknoll Sisters Environmental Ministry Framework: A study of an experiential, spiritual and knowledge-based paradigm of environmental awareness and action*, Masterthesis University for Peace.
- Lorenzoni, Irene u. a. (2006): Cross-National Comparisons of Image Associations with «Global Warming» and «Climate Change» Among Laypeople in the United States of America and Great Britain, in: *Journal of risk research* 9 (3), 265–281.
- Lowe, Thomas u. a. (2006): Does tomorrow ever come? Disaster narrative and public perceptions of climate change, in: *Public Understanding of Science* 15 (4), 435–457.

- Lysack, Mishka (2014): Stepping up to the Plate: Climate change, faith communities and effective environmental advocacy in Canada, in: Veldman, Robin G. u. a. (Hg.): *How the World's Religions are responding to climate change: Social scientific investigations*, London, 157–173.
- Martens, Kerstin (2002): Mission Impossible? Defining Nongovernmental Organizations, in: *Voluntas* 13 (4), 271–285.
- McKibben, Bill (1990): *Das Ende der Natur*, München.
- Misoch, Sabina (2015): *Qualitative Interviews*, Berlin.
- Muñoz Cabré, Miquel (2011): Issue-linkages to Climate Change Measured through NGO Participation in the UNFCCC, in: *Global Environmental Politics* 11 (3), 10–22.
- Nagel, Alexander K. (2008): Ordnung im Chaos – Zur Systematik apokalyptischer Deutung, in: Nagel, Alexander K. / Schipper, Bernd U. / Weymann, Ansgar (Hg.): *Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik*, Frankfurt a. M., 49–72.
- Nita, Maria (2014): Christian and Muslim climate activists fasting and praying for the planet: Emotional translation of «dark green» activism and freen-faith identities, in: Veldman, Robin G. u. a. (Hg.): *How the World's Religions are responding to climate change: Social scientific investigations*, London, 229–243.
- Nordhaus, William D. (2011): The economics of tail events with an application to climate change, in: *Review of Environmental Economics and Policy* 5 (2), 240–257.
- O'Neill, Saffron / Nicholson-Cole, Sophie (2009): «Fear Won't Do It». Promoting Positive Engagement With Climate Change Through Visual and Iconic Representations, in: *Science Communication* 30 (3), 355–379.
- Pidgeon, Nick / Fischhoff, Baruch (2011): The role of social and decision sciences in communicating uncertain climate risks, in: *Nature Climate Change* 1 (1), 35–41.
- Posas, Paula J. (2007): Roles of Religion and Ethics in Addressing Climate Change, in: *Ethics in Science and Environmental Politics* 31 (49), 1–17.
- Reder, Michael / Wallacher, Johannes (2011): Globale Zivilgesellschaft. Theoretische Grundlagen und praktische Grenzen, in: *Amos international* 5 (1), 19–25.
- Rollosson, Natabara (2010): The United Nations Development Programme (UNDP) Working with Faith Representatives to address Climate Change, in: *CrossCurrents* 60 (3), 419–431.
- Shishlov, Igor u. a. (2016): Compliance of the Parties to the Kyoto Protocol in the first commitment period, in: *Climate Policy* 16 (6), 1–15.

- Sloterdijk, Peter (2009): «Das 21. Jahrhundert beginnt mit dem Debakel vom 19. Dezember 2009», in: *Süddeutsche Zeitung*, 21. Dezember.
- Stern, Nicholas H. (2007): *The economics of climate change: the Stern review*, Cambridge UK.
- Stoll-Kleemann, Susanne u. a. (2001): The psychology of denial concerning climate mitigation measures: evidence from Swiss focus groups, in: *Global environmental change* 11 (2), 107–117.
- Tilly, Michael (2012): Kurze Geschichte der Apokalyptik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Weltuntergang* 62 (51–52), 17–25.
- Tucker, Mary E. / Grim, John A. (2001): Introduction: The Emerging Alliance of World Religions and Ecology, in: *Daedalus* 130 (4), 1–22.
- Warddekker, J. Arjan / Petersen, Arthur C. / Sluijs, Jeroen P. van der (2009): Ethics and public perception of climate change: Exploring the Christian voices in the US public debate, in: *Global Environmental Change* 19 (4), 512–521.
- Weitzman, Martin L. (2009): On modeling and interpreting the economics of catastrophic climate change, in: *The Review of Economics and Statistics* 91 (1), 1–19.
- Woods, Ruth u. a. (2012): The use of religious metaphors by UK newspapers to describe and denigrate climate change, in: *Public Understanding of Science* 21 (3), 323–339.

### *Interviews*

Die Interviews wurden mit den verschiedenen Vertretern der gNGOs entweder persönlich während der internationalen Klimaverhandlungen in Paris (COP 21) zwischen dem 1. und dem 5. Dezember 2015 geführt oder via Skype im April 2016. Die Interviews wurden zum Teil aufgezeichnet, und die meisten Interviewten waren damit einverstanden, dass ihr Name aufgeführt wird. Da einige der Interviewten nicht direkt mit ihren Aussagen in Verbindung gebracht werden wollten, versuche ich die Informationen möglichst neutral im Text darzustellen und zitiere selten wörtlich.

Valeriane Bernard, Environment Initiative, Brahma Kumaris, 4.12.2015, Paris.

Heinz Fuchs, Leitung Referat Wirtschaft und Umwelt von Brot für die Welt, 1.12.2015, Paris.

Debra Boudreaux, Executive Vice President, USA Headquarters, Buddhist Tzu Chi Foundation, 4.12.2015, Paris.

Bernd Nilles, CIDSE, 25.4.2016, via Skype.

Michel Roy, Vatikan, Caritas Internationalis, 4.12.2015, Paris.

Christine Allen, Director Policy and Public Affairs, Christian Aid, 2.12.2015, Paris.

Shamila Mahmood, Policy and Research Coordinator, Islamic Relief Worldwide, 4.12.2015, Paris.

Marvelous Misolas, Maryknoll Sisters, Philippinen, 4.12.2015, Paris.

Chris Armitage, Food Security and Climate Change, World Vision, 3.12.2015, Paris.

